

STADT ESSEN
HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT
2010/2011 FF.

| | |
|--|-----------|
| A. AUSGANGSSITUATION FÜR DIE ZUKÜNFTIGE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK | 2 |
| 1. DROHENDE ÜBERSCHULDUNG | 2 |
| 2. BEDEUTUNG DES KOMMUNALEN EIGENKAPITALS UND FOLGEN DER (DROHENDEN) ÜBERSCHULDUNG | 5 |
| B. ZUKUNFTS- UND KONSOLIDIERUNGSSTRATEGIE | 8 |
| 1. ZIEL DER KONSOLIDIERUNG: EIGENKAPITAL ERHALTEN – HANDLUNGSFÄHIGKEIT SICHERN – ZUKUNFT GESTALTEN | 8 |
| 2. DROHENDE ÜBERSCHULDUNG ABWENDEN / EIGENKAPITAL DAUERHAFT SICHERN | 8 |
| 2.1 DEFIZITREDUZIERUNG BZW. GEWINNAUSSCHÜTTUNG DER STÄDTISCHEN BETEILIGUNGSUNTERNEHMEN | 13 |
| 2.2 PERSONALKOSTENREDUZIERUNG | 17 |
| 2.3 REDUZIERUNG DER SACHAUFWENDUNGEN IM VERWALTUNGSBEREICH | 23 |
| 2.4 STEIGERUNG DER ERTRÄGE | 26 |
| C. KONSOLIDIERUNGSPROGRAMM 2010/2011 FF. | 37 |
| 1. HSK-MABNAHMEN | 37 |
| 2. BÜRGERBETEILIGTE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG | 37 |

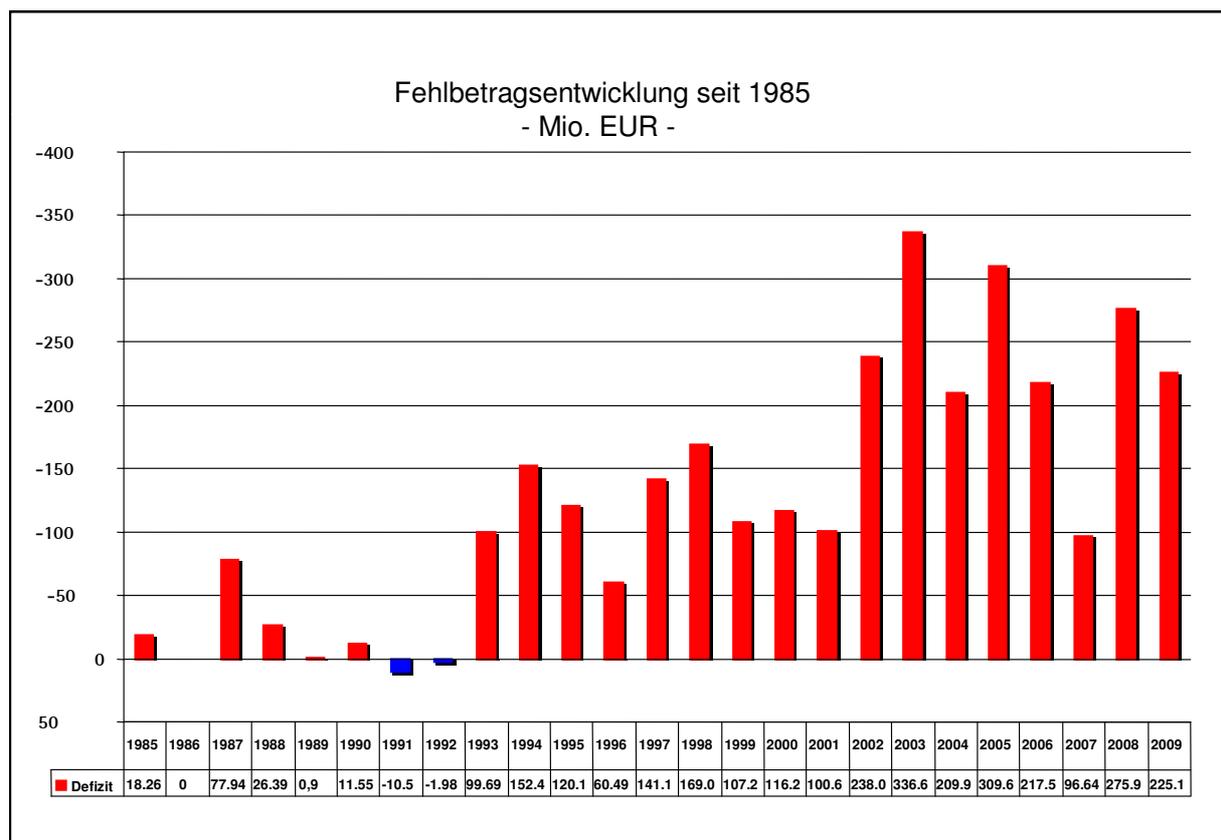
A. AUSGANGSSITUATION FÜR DIE ZUKÜNFTIGE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

1. DROHENDE ÜBERSCHULDUNG

Die Stadt Essen befindet sich seit mehr als 20 Jahren in der Haushaltskonsolidierung. Trotz zahlreicher Haushaltssicherungskonzepte und umfangreicher Einsparmaßnahmen in den letzten Jahren ist es der Stadt bisher nicht gelungen, ihre Haushaltssituation grundlegend zu verbessern. Das Gegenteil ist der Fall. Die desaströse Haushaltslage der Stadt Essen hat sich weiter verschlechtert.

Kennzeichnend für die extreme Schiefelage des Essener Haushalts ist das krasse Missverhältnis zwischen Erträgen und Aufwendungen. Die Erträge aus Steuern, Gebühren, allgemeinen Zuweisungen des Landes etc. reichen nicht aus, um die Aufwendungen decken zu können. Mit anderen Worten: **Die Stadt Essen lebt seit Jahren über ihre Verhältnisse!**

Wie aus der nachfolgenden Grafik hervorgeht, müssen als Folge dieser strukturellen Schiefelage jährlich Fehlbeträge im dreistelligen Millionenbereich ausgewiesen werden, die nur über neue Kredite finanziert werden können.

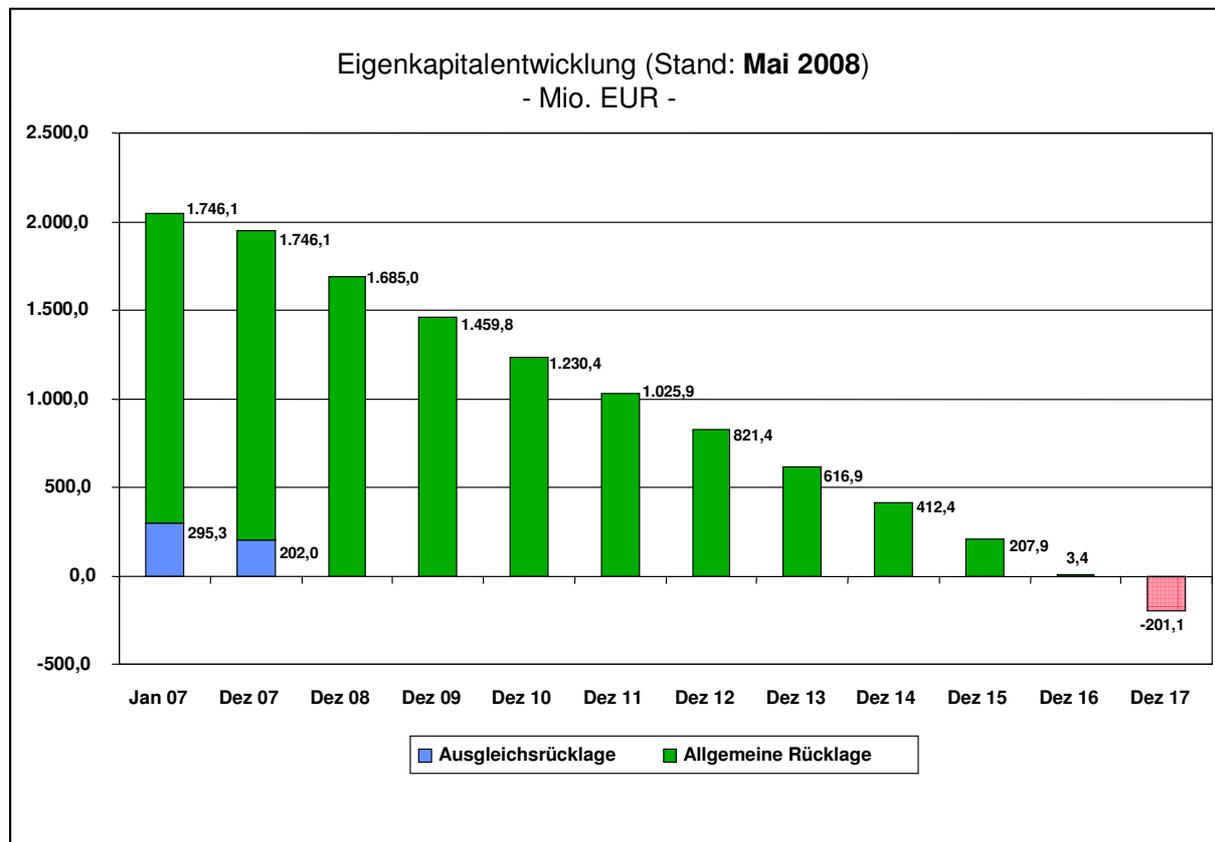


Doch wie bedrohlich ist diese Entwicklung wirklich?

Die besondere Dramatik der Essener Finanzsituation wird durch die Entwicklung des städtischen Eigenkapitals deutlich: Betrag des Eigenkapital der Stadt Essen zum Bilanzstichtag

01.01.2007 (Eröffnungsbilanz) noch rd. **2,04 Milliarden EUR**, bestand bei Aufstellung des Haushalts 2007 bereits die Befürchtung, dass bei den damals prognostizierten Fehlbeträgen die Stadt im Jahr 2016 überschuldet sein würde.

Nach den Plandaten des vom Rat der Stadt verabschiedeten Doppelhaushaltes 2008/2009 konnte zwar der vollständige Verlust des Eigenkapitals auf das Jahr 2017 verschoben, nicht aber die drohende Überschuldung verhindert werden.



Da das vom Rat der Stadt beschlossene Haushaltssicherungskonzept 2008/2009 nicht zu einer grundlegend verbesserten Situation geführt hätte, forderte Regierungspräsident Jürgen Büssow die Stadt mit Haushaltsverfügung vom 19. November 2008 auf, ihre Konsolidierungsbestrebungen noch weiter zu forcieren und auch schmerzhaft Einschnitte in allen Leistungsbeichen des Haushaltes vorzunehmen.

Insbesondere forderte die Aufsichtsbehörde,

- die Haushaltskonsolidierung im Bereich des Personalaufwandes deutlich zu verstärken,
- den Kulturbereich bei den Konsolidierungsüberlegungen nicht auszusparen,
- die Zuschüsse an alle städtischen Töchter durchgehend zu „deckeln“ und sukzessive zurückzufahren bzw. Kapitaleinlagen an Konsolidierungsaufgaben zu koppeln und damit die Mitverantwortung der Töchter für die Konsolidierung zu verdeutlichen,
- die von der GPA NRW¹ bei ihrer überörtlichen Prüfung ermittelten Optimierungspotenziale von rd. 73,8 Mio. EUR durch Umsetzung geeigneter Maßnahmen auszuschöpfen,
- Optimierungspotenziale auch in den von der GPA NRW nicht untersuchten Bereichen zu ermitteln und unmittelbar ihre Realisierung anzugehen,

¹ GPA = Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen

2. BEDEUTUNG DES KOMMUNALEN EIGENKAPITALS UND FOLGEN DER (DROHENDEN) ÜBERSCHULDUNG

Beim Eigenkapital (Reinvermögen) handelt es sich um die Differenz zwischen dem in der Bilanz ausgewiesenen Vermögen und den Schulden. Die Höhe des kommunalen Eigenkapitals bzw. die Eigenkapitalquote gibt daher Auskunft darüber, welcher Teil des Vermögens „den Bürgerinnen und Bürgern gehört“ und nicht den Banken, die der Stadt Essen über Investitions- und Liquiditätskredite (bislang Kassenkredite) Geld zur Verfügung gestellt haben.

Darüber hinaus soll das Eigenkapital die Brücke zwischen den Generationen schaffen. D.h., wenn das Vermögen der Kommune erhalten bleibt, reicht die heutige Generation die Summe an Werten, die sie von ihrer Vorgängergeneration übernommen hat an die nächste Generation weiter. Nach dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit sollte keine Generation ihre konsumtiven Aufwendungen durch Schulden und damit zu Lasten zukünftiger Generationen finanzieren.

Diese grundsätzliche Bedeutung des Eigenkapitals bedeutet jedoch nicht, dass die Stadt Essen keine Vermögensgegenstände veräußern sollte. Um beispielsweise Unterhaltungs- oder Zinsaufwendungen zurückzuführen, kann es notwendig werden und auch sinnvoll sein, sich von einem Teil des Vermögens zu trennen. Dies gilt insbesondere für die schon bislang um über 150.000 Einwohner geschrumpfte Stadt Essen. Die Vermögensstruktur auf der Aktivseite der Bilanz ist nicht statisch, sondern kann sich ständig ändern. Wesentlich ist vielmehr, dass es der Stadt Essen gelingt, den Anteil des ihr selbst gehörenden Vermögens in ausreichender Höhe zu erhalten.

Die Notwendigkeit, das kommunale Vermögen zu erhalten und eine Überschuldung zu vermeiden, ergibt sich aus dem obersten Prinzip der kommunalen Haushaltswirtschaft: **Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung (vgl. § 75 Abs. 1 GO NRW²)!**

Stünden den Schulden der Stadt Essen keine gleich großen Vermögenswerte mehr gegenüber, würde dies dem eindeutigen Wortlaut des § 75 Abs. 7 S. 1 GO NRW widersprechen: „Die Gemeinde darf sich nicht überschulden“.

Die Überschuldung stellt somit die dramatischste Fehlentwicklung eines kommunalen Haushaltes dar und hätte für die Stadt Essen weitreichende Folgen. Letztlich wäre die eigene Handlungsfähigkeit nicht mehr gegeben und die kommunale Selbstverwaltung in ihren Grundfesten erschüttert. Nach Kapitel 5 des Leitfadens „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ des Innenministeriums NRW vom 06. März 2009 hätte bereits die mittelfristig, also innerhalb von vier Jahren drohende Überschuldung folgende konkrete Auswirkungen:

Investitionen:

- Investitionen sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar und pflichtig sind!
- Kein Kreditrahmen, aus dem heraus Investitionen finanziert werden können!
- Für jede Investitionsmaßnahme, die eines Kredites bedarf, muss eine Einzelgenehmigung der Kommunalaufsicht eingeholt werden!

² Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

- Zur Finanzierung von Investitionen sind zunächst die pauschalen Zuweisungen des Landes einzusetzen (Investitions-, Bildungs- und Sportpauschale)!
- Verkaufserlöse sind grundsätzlich zur Schuldentilgung einzusetzen!
- Keine Kreditfinanzierung eines kommunalen Eigenanteils bei geförderten Maßnahmen!
- Werden bei Fördermaßnahmen Eigenanteile von Dritten übernommen, sind Folgekosten zu vermeiden; über Ausnahmen entscheidet die Kommunalaufsicht!

Freiwillige Leistungen:

- Zusätzliche freiwillige Leistungen dürfen nicht mehr übernommen werden!
- Bisherige freiwillige Leistungen müssen zurückgeführt werden (nötigenfalls Kündigung von Verträgen)!

Personal:

- Externe Neueinstellungen, Arbeitsvertragsverlängerungen und Umsetzungen mit Höhergruppierungsanspruch sind untersagt!
- Keine Beförderungen von Beamten, da kein Beförderungsbudget mehr besteht!
- Ausbildung nur nach aufsichtlicher Genehmigung!
- Für die Übernahme von Auszubildenden gelten die strengen Maßstäbe, die auch für Neueinstellungen gelten!

Umgang mit Ratsbeschlüssen:

- Ratsbeschlüsse, die nicht zulässige Kosten verursachen oder einen Verzicht auf bisher erzielte kommunale Einnahmen zum Gegenstand haben, müssen vom Oberbürgermeister beanstandet werden!
- Alle finanzrelevanten Vorlagen sind der Kommunalaufsicht vorzulegen!

Da aufgrund der im Herbst letzten Jahres prognostizierten Defizite die Überschuldung im Jahr 2013 – und damit innerhalb des vierjährigen Finanzplanungszeitraums – zu befürchten war, hat die Bezirksregierung Düsseldorf mit Verfügung vom 22. Januar 2010 die Stadt Essen „**als Stadt in drohender Überschuldung**“ eingestuft! Seit diesem Zeitpunkt ist die kommunale Handlungsfähigkeit in Essen auf ein Minimum beschränkt. Es gelten die vg. Restriktionen aus Kapitel 5 des Leitfadens „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ des Innenministeriums des Landes NRW vom 06. März 2009.

Gelingt es der Stadt Essen nicht, die drohende Überschuldung abzuwenden, bestehen kaum realistische Chancen, diesen Zustand jemals wieder verlassen zu können. Denn um aus einer Überschuldungssituation heraus wieder positives Eigenkapital ausweisen zu können, müsste es der Stadt Essen gelingen, jährlich Überschüsse im dreistelligen Millionenbereich zu generieren. Die Wahrscheinlichkeit für eine Stadt, die seit Jahren ein strukturelles Defizit ausweist, dürfte hierbei eher gering sein. So führt auch die Bezirksregierung Düsseldorf in ihrer Verfügung vom 22. Januar 2010 unmissverständlich aus: „*Die Stadt Essen hat mit Aufstellung des Haushaltes und des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 letztmalig die Gelegenheit, das Ruder*

herumzureißen und sich den bislang bestehenden Rahmen kommunaler Handlungsfähigkeit zu erhalten und möglichst langfristig zu sichern."

Sollte die Stadt Essen bei ihren Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen „zu kurz springen“, droht der Stadt der völlige Verlust der ihr noch verbliebenen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten. Nach den Leitfadenregelungen des Innenministeriums NRW hat dann die Bezirksregierung Düsseldorf alle kommunalaufsichtlichen Instrumente in Betracht zu ziehen, die dazu beitragen können, dass der völlige Verbrauch des Eigenkapitals abgewendet wird. Die Gemeindeordnung NRW sieht hier neben der Beanstandung und Aufhebung von Ratsentscheidungen auch kommunalaufsichtliche Anordnungen gegenüber dem Oberbürgermeister und Ersatzvorhaben sowie im Extremfall die Bestellung eines Beauftragten vor.

Um den Zustand der drohenden Überschuldung schnellstmöglich wieder verlassen zu können, hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 24. März 2010 die dauerhafte Eigenkapitalsicherung beschlossen. Durch einstimmigen Beschluss des gemeinsamen Antrages aller im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen hat der Rat seine Entschlossenheit bekräftigt, die kommunale Selbstverwaltung und die Handlungsfähigkeit durch die gewählten Vertreter in Essen zu erhalten. Dazu ist die dauerhafte Sicherung des Eigenkapitals der Stadt Essen unabdingbare Voraussetzung (vgl. Drucksache 0474/2010/2 in Verbindung mit Drucksache Nr. 0559/2010/SPD/CDU/GRÜNE/FDP/LINKE/EBB).

B. ZUKUNFTS- UND KONSOLIDIERUNGSSTRATEGIE

1. ZIEL DER KONSOLIDIERUNG: EIGENKAPITAL ERHALTEN – HANDLUNGSFÄHIGKEIT SICHERN – ZUKUNFT GESTALTEN

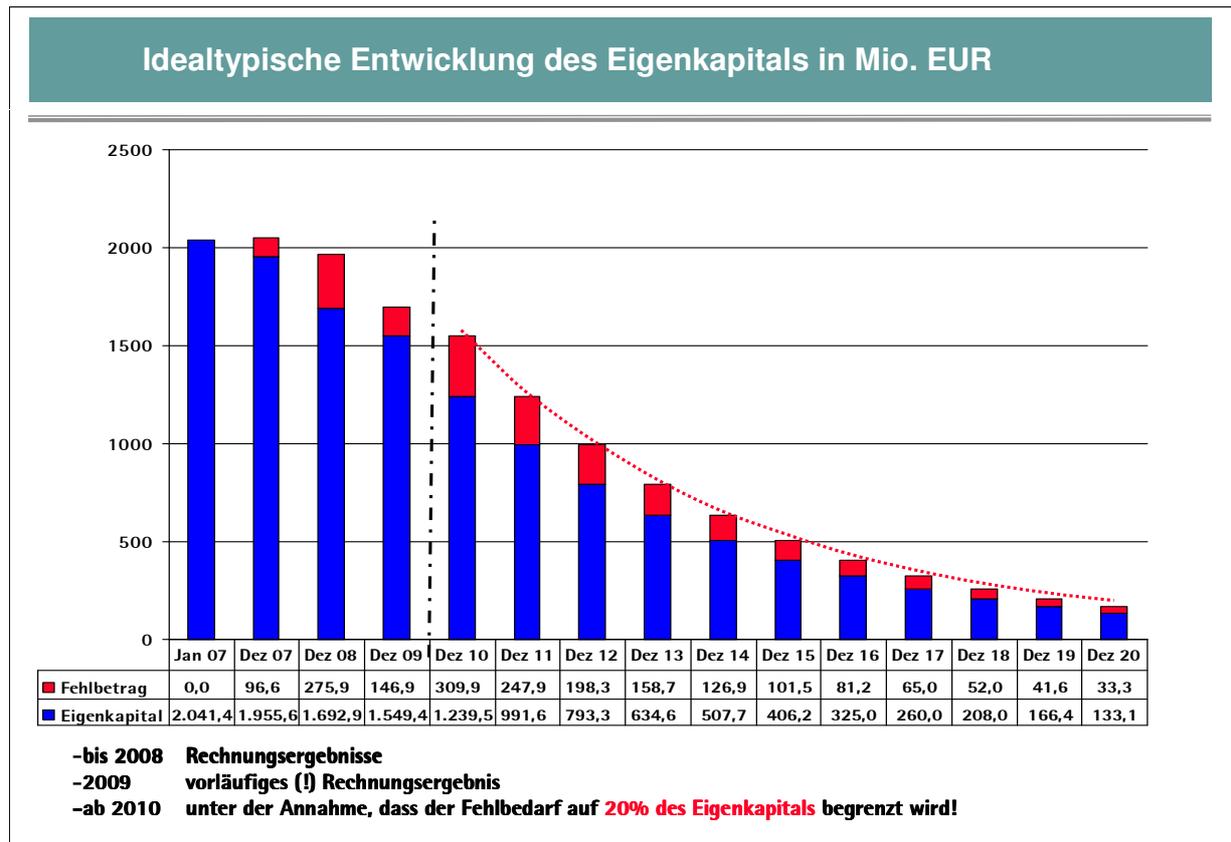
Nur wenn es der Stadt Essen gelingt, ihr Eigenkapital dauerhaft zu erhalten, kann sie ihre kommunale Handlungsfähigkeit sichern und die Zukunft der Stadt selbst gestalten. In der gegenwärtigen Situation ist das Haushaltssicherungskonzept 2010/2011 daher primär darauf ausgerichtet, die drohende Überschuldung der Stadt Essen abzuwenden.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltssituation kann das aktuelle Haushaltssicherungskonzept innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Konsolidierungszeitraums keinen Haushaltsausgleich darstellen; d.h. die Stadt Essen wird auch mit Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/2011 und der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes den haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen des § 82 GO NRW unterliegen. Es könnte aber die fortgesetzte Anwendung der Ziffer 5. des Leitfadens beendet werden und die Stadt Essen ihre kommunale Selbstverwaltung erhalten.

2. DROHENDE ÜBERSCHULDUNG ABWENDEN / EIGENKAPITAL DAUERHAFT SICHERN

Oberstes Ziel der Haushaltskonsolidierung ist es, dauerhaft ausreichend Eigenkapital vorzuhalten. Zur Umsetzung dieses finanzpolitisch strategischen Leitziels, das die kommunale Handlungsfähigkeit dauerhaft sichert, ist eine konsequente Defizitrückführung erforderlich.

Damit die Stadt Essen auch in Zukunft ausreichend Eigenkapital vorhalten kann, basiert das Haushaltssicherungskonzept auf einer **prozentualen Begrenzung des jährlichen Defizits**. Die Obergrenze bestimmt sich hierbei nach dem zu Beginn des jeweiligen Jahres noch vorhandenen Eigenkapital, wobei die jährlichen Fehlbeträge auf 20% des vorhandenen Eigenkapitals gedeckelt werden. Hierdurch erfolgt zwar ein Eigenkapitalabbau, dieser vollzieht sich jedoch kontrolliert und verhindert im Ergebnis dauerhaft die Überschuldung.



Idealtypischer Verlauf bei Begrenzung der jährlichen Fehlbeträge auf 20% des vorhandenen Eigenkapitals

Um den sich danach rechnerisch ergebenden Konsolidierungsbedarf konkret zu erreichen, verständigte sich der Verwaltungsvorstand darauf, in einem ersten Schritt, das **Rechnungsergebnis des Jahres 2008** als Basis zur Ermittlung belastbarer Budgetvorgaben für den Doppelhaushalt 2010/2011 zugrunde zu legen. Dadurch ist gewährleistet, dass die Sanierung des Haushaltes nicht als „Kaputtsparen“ verstanden werden kann. Schließlich war das Jahr 2008 nicht durch besonders einschneidende Sparmaßnahmen gekennzeichnet, die das städtische Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger in besonderem Maße eingeschränkt hätten.

Hiervon ausgehend wurden die weiteren Konsolidierungsschritte auf drei Grundannahmen gestützt:

- Die notwendige Rückführung der ursprünglich angemeldeten Haushaltsansätze und die zukünftige Begrenzung des jährlichen Fehlbetrages erfordert erhebliche Konsolidierungsanstrengungen im gesamten Konzern. Hierbei stehen sowohl die städtischen Beteiligungsunternehmen, als auch die Bereiche der Kernverwaltung in der Verantwortung.
- In den nächsten 15 Jahren verlassen 30% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt die Kernverwaltung.
- Dem verkleinerten Personalkörper werden auch die zu bewirtschaftenden Sachmittel angepasst.

Um „die Kurve zu kriegen“ wurden Budgetvorgaben für jeden Geschäftsbereich ermittelt, indem das jeweilige Rechnungsergebnis 2008 um Sondersachverhalte bereinigt (= Budgetvorgabe 2010) und dieser Betrag ab 2011 um jährlich 2% des zahlungswirksamen Sachaufwandes reduziert wurde (= Budgetvorgaben 2011 bis 2013). Aus dem Vergleich mit den im Herbst letzten Jahres vorgenommenen Haushaltsanmeldungen der Geschäftsbereiche ergaben sich so die im Planungszeitraum zu erreichenden Kürzungsbeträge.

In Höhe dieser Einsparvorgaben mussten die zahlungswirksamen **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen** in den Jahren 2010 bis 2013 durch geeignete Konsolidierungsvorschläge der Geschäftsbereiche reduziert werden. Im Umfang und Verfahren orientierten sich auch die Konsolidierungsvorgaben für die Beteiligungen an dieser Vorgehensweise. Massive Reduzierungen der Verlustausgleichszahlungen an die städtischen Beteiligungsunternehmen bzw. Gewinnabführungen der Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbh (EVV) sind zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes unverzichtbar.

Da diese Maßnahmen zur Kostenreduzierung nicht ausreichen, um die notwendigen Haushaltsverbesserungen zu erreichen, sieht das aktuelle Haushaltssicherungskonzept auch **moderate Ertragssteigerungen** bei den von der Stadt beeinflussbaren Erträgen (Entgelteanpassungen, Steuererhöhungen) vor.

Sämtliche Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Essen sind darauf ausgerichtet, den kommunalen Haushalt soweit wie möglich aus eigener Kraft zu sanieren und dabei die Zukunftspotenziale der Stadt nicht zu beeinträchtigen.

Zur Abwendung der drohenden Überschuldung umfasst das Haushaltssicherungskonzept 2010/2011 daher folgende Konsolidierungsansätze:

- Defizitreduzierung bzw. Gewinnausschüttung der städt. Beteiligungsunternehmen (hierzu 2.1);
- Personalkostenreduzierung (hierzu 2.2);
- Aufwandsreduzierung im Verwaltungsbereich (hierzu 2.3);
- Steigerung der Erträge (hierzu 2.4).

Insgesamt führen die im Haushaltssicherungskonzept dargestellten Maßnahmen in den nächsten Jahren zu folgenden Haushaltsverbesserungen:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Konsolidierungsumfang | 116,4 Mio. € | 120,2 Mio. € | 155,4 Mio. € | 197,0 Mio. € |

In der Summe beträgt der **Konsolidierungsumfang** bis zum Jahr 2013 rd. **589,0 Mio. EUR**. **Hinzu kommt die Kompensation zwischenzeitlicher Verschlechterungen insbesondere aus Steuersenkungsgesetzen des Bundes mit insgesamt ca. 55 Mio. EUR Mindererträgen.**

Die Veränderungen gegenüber dem ersten Rohentwurf der Ergebnisplanung zeigen, wie die aktuell eingeplanten Verbesserungen im Haushaltsplan zustande kommen:

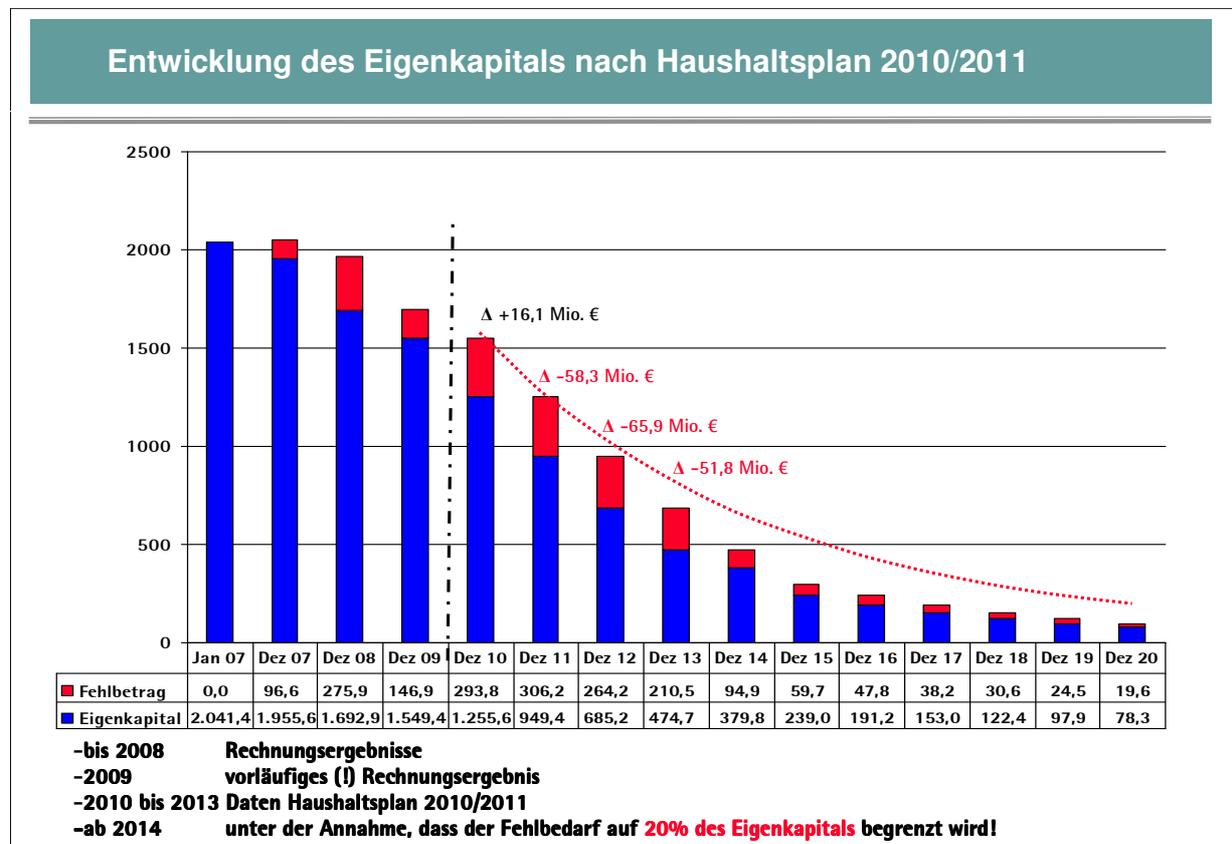
| Veränderungen in Mio. Euro | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Mindererträge | -17,5 | -45,8 | -6,6 | +2,6 |
| Minderaufwendungen | 101,8 | 129,3 | 148,6 | 172,1 |
| Veränderungen im Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Primärhaushalt) | +84,3 | +83,5 | +142,0 | +174,7 |
| Veränderungen im Finanzergebnis | +32,1 | +36,7 | +13,4 | +22,3 |
| Veränderungen beim Jahresergebnis | +116,4 | +120,2 | +155,4 | +197,0 |

Der Vergleich zeigt, dass die Entlastungen im Primärhaushalt auf massive Reduzierungen bei den ordentlichen Aufwendungen zurückzuführen sind. Gleichzeitig ist trotz der geplanten Erhöhung von Entgelten und örtlichen Steuern insgesamt mit einem weiteren Rückgang der ordentlichen Erträge aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und Steuerrechtsänderungen (vgl. hierzu 2.4) zu rechnen.

Statt der im Herbst letzten Jahres prognostizierten Fehlbeträge wird das Jahresergebnis in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2010/2011 voraussichtlich wie folgt abschließen:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | in Mio. € | in Mio. € | in Mio. € | in Mio. € |
| Fehlbedarf (Ausgangssituation) | -410,2 | -426,4 | -419,6 | -407,5 |
| Haushaltsverbesserungen durch die Beteiligungsunternehmen | 22,6 | 26,8 | 35,6 | 40,1 |
| Haushaltsverbesserungen im Personalbereich | 21,0 | 29,6 | 38,3 | 49,3 |
| Haushaltsverbesserungen im weiteren Verwaltungsbereich | 31,0 | 38,8 | 34,8 | 39,3 |
| Veränderungen bei den Erträgen | 22,3 | 27,2 | 31,7 | 32,9 |
| Sonstige Veränderungen | 19,5 | -2,2 | 15,0 | 35,4 |
| Fehlbedarf (gem. Haushaltsplan 2010/2011) | -293,8 | -306,2 | -264,2 | -210,5 |

Unter Berücksichtigung der geplanten Jahresergebnisse ergibt sich für die kommenden Jahre folgende Eigenkapitalentwicklung:



Das in der Grafik jeweils ausgewiesene Delta gibt an, in welcher Höhe die im Haushaltsplan 2010/2011 ausgewiesenen Fehlbeträge noch vom idealtypischen Verlauf abweichen. Innerhalb des Finanzplanungszeitraums erscheint es jedoch durchaus realistisch, die „Kurve zu kriegen“ (Stichwort: Aktivierung des immateriellen Vermögens der Geoinformation; vgl. einstimmig im Rat der Stadt am 24.03.2010 beschlossener Antrag Nr. 0515/2010/CDU/GRÜNE/FDP/EBB). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Systematik der Kurve die absoluten Defizitreduzierungen Jahr um Jahr kleiner werden.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass durch die Umsetzung des aktuellen Haushaltssicherungskonzeptes die jährlichen Fehlbeträge so weit zurückgeführt werden, dass die Überschuldung im Finanzplanungszeitraum verhindert wird!

Nachfolgend werden die einzelnen Konsolidierungsansätze mit ihren geplanten Haushaltsverbesserungen beschrieben.

2.1 DEFIZITREDUZIERUNG BZW. GEWINNAUSSCHÜTTUNG DER STÄDTISCHEN BETEILIGUNGSUNTERNEHMEN

Der Konzern Stadt Essen ist in seiner Gesamtheit gefordert, alles zu unternehmen, um die kommunale Gestaltungshoheit der Stadt zu erhalten. Dies bedeutet, dass neben der Kernverwaltung auch die Beteiligungsunternehmen für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Essen erhebliche Konsolidierungsbeiträge leisten müssen.

Zum 31.12.2009 hält die Stadt Essen 66 Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, davon 7 Aktiengesellschaften (AG), 6 GmbH & Co KGs und 53 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Im Sondervermögen befinden sich 3 eigenbetriebsähnliche Einrichtungen. Mit einer Beteiligungsquote > 50% ist die Stadt Essen an 28 Gesellschaften beteiligt³.

Die besondere Verantwortung der kommunalen Beteiligungsunternehmen an der Haushaltskonsolidierung kommt beim direkten Vergleich der Anzahl der Mitarbeiter/innen⁴ zum Ausdruck:

| Gesellschaften >50% Beteiligungsquote ⁵ | | Kernverwaltung | |
|--|----------|----------------|----------|
| 2007 | 2008 | 2007 | 2008 |
| 8.010 MA | 8.187 MA | 7.391 MA | 7.368 MA |

Entwicklung des Personalbestands im Konzern Stadt Essen

Aus der Darstellung wird deutlich, dass mehr als die Hälfte der im Konzern tätigen Mitarbeiter/innen bei den Mehrheitsbeteiligungen und den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen beschäftigt sind. Darüber hinaus hat sich der Personalbestand bei den Beteiligungsunternehmen gegenüber dem Jahr 2007 um 177 Mitarbeiter/innen erhöht; im Bereich der Kernverwaltung konnte gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung von 23 Mitarbeiter/innen erzielt werden.

Die Notwendigkeit, die Beteiligungsunternehmen stärker als bisher in den Konsolidierungsprozess einzubeziehen, ergibt sich darüber hinaus und in besonderem Maße aus den zahlungswirksamen Aufwendungen der Stadt an die städtischen Beteiligungsunternehmen:

| | RE ⁶ 2007 | RE 2008 | vorl. RE 2009 |
|----------------------|----------------------|--------------|---------------|
| Verwaltungsergebnis | +106.128.251 | -44.294.875 | +23.313.924 |
| Beteiligungsergebnis | -103.260.833 | -106.175.006 | -99.163.596 |
| Finanzergebnis | -99.511.295 | -125.529.072 | -71.140.584 |
| Jahresergebnis = | -96.643.877 | -275.998.953 | -146.990.256 |

Beteiligung der städtischen Gesellschaften am Jahresergebnis der Stadt Essen

³ vgl. Beteiligungsbericht der Stadt Essen 2009

⁴ vollzeitverrechnet

⁵ incl. Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

⁶ RE = Rechnungsergebnis

Bei der obigen Darstellung muss berücksichtigt werden, dass die kommunalen Erträge aus Steuern, Gebühren, allgemeinen Zuweisungen etc. in vollem Umfange im sog. Verwaltungsergebnis enthalten sind. Ungeachtet dessen wird jedoch deutlich, dass die Verlustausgleichszahlungen der Stadt an ihre Beteiligungsunternehmen rd. 100 Mio. EUR des jährlichen Fehlbeitrags ausmachen.

Ein Ziel der Essener Haushaltskonsolidierung ist es daher, durch strukturelle Maßnahmen in den Beteiligungsunternehmen die jährlichen Verluste massiv zu reduzieren bzw. bei Gewinngesellschaften dauerhafte Gewinnausschüttungen an die Stadt Essen zu erzielen.

Mit Schreiben vom 14. November 2009 haben daher Oberbürgermeister und Stadtkämmerer die Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsplanungen der Beteiligungen in Abhängigkeit von der städtischen Haushaltsplanung zu gestalten und auf den sich danach ergebenden Konsolidierungsumfang auszurichten sind. Da sich aus den Konsolidierungsvorgaben Veränderungen für die Wirtschaftsplanung ergeben können, ist die Feststellung der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2010 – abweichend von den Regelungen in den Gesellschaftsverträgen – erst in 2010 vorzusehen.

Die für die Beteiligungsunternehmen erforderlichen Budgetvorgaben wurden ermittelt, indem grundsätzlich

1. die für die Jahre 2010 bis 2013 angemeldeten Verlustausgleichszahlungen auf das IST 2008 zurückgeführt
- und
2. diese Beträge ab dem Jahr 2010 jährlich um 2% der zahlungswirksamen Aufwendungen 2008 reduziert wurden.

Aus dem Vergleich der ursprünglichen Haushaltsanmeldungen mit den neu ermittelten Verlustausgleichszahlungen ergeben sich so die im Planungszeitraum zu erreichenden Kürzungsvorgaben. Die Umsetzung der hierzu notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen in den Unternehmen liegt in der Verantwortung der jeweiligen Gesellschaft.

Ausnahmen:

Die vorgenannte Berechnungsmethode zur Ermittlung der Budgetvorgaben konnte nicht angewandt werden bei Beteiligungen, deren Verlustausgleichszahlungen durch die Stadt Essen nicht eigenständig festgelegt werden können (**Revierpark Nienhausen GmbH, Flughafen Essen/Mülheim GmbH, Ruhr 2010 GmbH**).

Desweiteren wurden die Verlustausgleichszahlungen der Stadt Essen an die **Essener-Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH (EABG)** um einen Festbetrag von jährlich 15.000 EUR reduziert.

Da sich die jährliche Zahlung an die **Jugendhilfe Essen gGmbH** seit dem Jahr 2008 nicht verändert hat, erfolgte hier im Planungszeitraum keine Reduzierung.

Bei der **Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (EVV)** stellt sich die Situation ebenfalls anders da. Zum einen sind im EVV-Konzern neben anderen Gesellschaften die Essener Verkehrs AG (EVAG) als größte Verlustgesellschaft sowie die Stadtwerke Essen AG (SWE) als ertragreichste Gewinngesellschaft miteinander verbunden. Zum anderen befindet sich im EVV-Konzern ein Großteil der kommunalen RWE-Aktien, so dass die jährlichen Dividendenerträge zunächst der EVV zufließen und ihre Jahresergebnisse in nicht unerheblichem Maße beeinflussen. Vor diesem Hintergrund wurden für die Jahre 2010 bis 2013 Gewinnausschüttungen der EVV an die Stadt Essen in einer Größenordnung von 20 Mio. EUR im Jahr 2010 und bis zu 27 Mio. EUR im Jahr 2013 festgelegt.

Personalkonzept der Beteiligungsunternehmen

Da ein wesentlicher Konsolidierungsansatz im Bereich der Kernverwaltung die Senkung der Personalkosten darstellt, hat der Rat der Stadt am 30. Juni 2010 beschlossen, dass auch alle Beteiligungsunternehmen ihren Personalaufwand zu überprüfen und zu reduzieren haben. Hierzu ist dem Rat der Stadt eine Überprüfung der Gehalts- und Prämienstrukturen der Leitungsebenen, mögliche Synergien durch Reduzierung von Leitungspositionen und Stellenreduzierung insgesamt vorzulegen.

Die hiermit verbundenen Haushaltsverbesserungen betragen 2,1 Mio. € (2011), 2,6 Mio. € (2012) und 3,4 Mio. € (2013).

Insgesamt belaufen sich die Konsolidierungsbeiträge der Beteiligungsunternehmen auf:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | in Mio. € | in Mio. € | in Mio. € | in Mio. € |
| Haushaltsverbesserungen durch die Beteiligungsunternehmen | 22,6 | 26,8 | 35,6 | 40,1 |

Die Haushaltsverbesserungen und die im Haushaltsplan 2010/2011 berücksichtigten Verlustausgleichszahlungen bzw. geplanten Gewinnausschüttungen der EVV sind auf der nachfolgenden Seite dargestellt.

Da den städtischen Gesellschaften bei der Haushaltskonsolidierung eine besondere Bedeutung zukommt und die städtischen Töchter erhebliche Konsolidierungsbeiträge leisten müssen, hat der Rat der Stadt am 30. Juni 2010 die **Einrichtung eines Kontroll- und Steuerungsgremiums für den Haushaltskonsolidierungsprozess** beschlossen. Als Begründung des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU / GRÜNE / FDP / EBB wird ausgeführt: *„Zur Begleitung des Haushaltskonsolidierungsprozesses bedarf es eines Kontroll- und Steuerungsgremiums auf Seiten des Rates, welches auch die Beteiligungsunternehmen in den Blick nimmt. Die Verwaltung wird daher beauftragt einen Vorschlag zu unterbreiten, wie der Unterausschuss für Beteiligungen und Wirtschaftsförderung weiterentwickelt werden kann, um den Prozess der Haushaltskonsolidierung bis mindestens 2014 politisch zu begleiten. Der Unterausschuss soll monatlich und grundsätzlich öffentlich tagen. Die Ausschussgröße soll so verändert werden, dass alle Fraktionen stimmberechtigt vertreten sind. Der Unterausschuss soll die Bezeichnung „UA Finanzen und Beteiligungen“ erhalten. Die AZO ist entsprechend anzupassen und dem Rat kurzfristig zur Beschlussfassung vorzulegen.“*

| PSP-Element | Produktbeschreibung | verantwortlich | Ist 2007 | Ist 2008 | Ermächtigung 2009 | Ist 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | FIPi 2012 | FIPi 2013 |
|--|--|----------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------------|----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| Zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen | | | | | | | | | | |
| Verlustausgleichszahlungen | | | | | | | | | | |
| .04.04.01.0 | Theater und Philharmonie Essen mbH | 4 | 42.745.000,00 | 42.455.000,00 | 45.140.000,00 | 45.100.000,00 | 44.982.000,00 | 43.700.000,00 | 44.300.000,00 | 44.900.000,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 982.000 | 859.160 | 2.618.240 | 4.377.320 |
| .04.04.02.0 | Gemeinnützige Theater-Baugesellschaft mbH | 4 | 2.400.000,00 | 2.640.000,00 | 2.881.000,00 | 1.000.000,00 | 44.000.000,00 | 42.840.840,00 | 41.681.760,00 | 40.522.680,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 4.889.000 | 4.801.000 | 4.642.000 | 4.642.000 |
| .05.04.02.0 | Essener-Arbeit-Beschäftigungsgesells. mbH | 5 | 950.794,15 | 960.000,00 | 995.000,00 | 995.000,00 | 4.400.000,00 | 4.400.000,00 | 4.400.000,00 | 4.400.000,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 |
| .06.05.01.0 | Jugendhilfe Essen gGmbH | 5 | 1.434.449,98 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| .08.02.01.0 | Sport- und Bäderbetrieb Essen (SBE) | 1B | 24.422.427,06 | 20.686.400,00 | 20.489.340,22 | 20.686.400,00 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 | 1.446.570,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 325.900 | 490.360 | 973.040 | 1.205.720 |
| .13.01.01.0 | GGE Grün und Gruga Essen | 6A | 22.700.000,00 | 23.400.000,00 | 23.150.000,00 | 23.150.000,00 | 20.360.500,00 | 20.195.040,00 | 19.713.360,00 | 19.480.680,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 0 | 787.000 | 1.492.000 | 2.117.000 |
| .13.01.02.0 | Revierpark Nienhausen GmbH | 6A | 256.550,00 | 206.500,00 | 356.500,00 | 356.500,00 | 23.300.000,00 | 22.513.000,00 | 21.808.000,00 | 21.183.000,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| .16.02.01.0 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft (VKA) | 20 | 17.236,00 | 17.236,00 | 17.300,00 | 17.236,00 | 356.500,00 | 356.500,00 | 356.500,00 | 356.500,00 |
| .12.08.01.0 | Flughafen Essen/Mülheim GmbH (FEM) | 6B | 394.525,48 | 436.450,00 | 405.000,00 | 388.039,92 | 17.300,00 | 17.300,00 | 17.300,00 | 17.300,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 50.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 |
| .15.02.02.0 | Essener Versorgungs- u. Verkehrsges. mbH | 1B | 3.000.000,00 | 7.887.000,00 | 16.333.000,00 | 0,00 | 347.000,00 | 297.000,00 | 297.000,00 | 297.000,00 |
| | Erhöhung der Ausschüttung (unabhängig von der Höhe der RWE-Dividende) | | | | | | 20.000.000 | 21.000.000 | 26.000.000 | 27.000.000 |
| .15.03.01.0 | Essener Marketing GmbH (EMG) | 1A | 1.666.000,00 | 1.673.850,00 | 1.673.850,00 | 1.673.850,00 | 1.673.850,00 | 1.673.850,00 | 1.673.850,00 | 1.673.850,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 60.000 | 120.000 | 180.000 | 180.000 |
| .15.01.01.0 | Essener Wirtschaftsförderungsgesells. mbH | 1A | 2.050.000,00 | 2.616.000,00 | 3.100.000,00 | 3.100.000,00 | 1.613.850,00 | 1.553.850,00 | 1.493.850,00 | 1.493.850,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 653.804 | 923.608 | 1.093.412 | 1.163.216 |
| .04.10.05.0 | Ruhr 2010 GmbH | 4 | 1.223.850,00 | 1.750.000,00 | 1.250.000,00 | 1.250.000,00 | 2.546.196,00 | 2.476.392,00 | 2.406.588,00 | 2.336.784,00 |
| | Reduzierung | | | | | | 0 | 0 | 300.000 | 300.000 |
| | Alle Beteiligungsunternehmen der Stadt Essen | | | | | | 1.450.000,00 | 300.000,00 | 300.000,00 | 0 |
| | Reduzierung bzw. Ausschüttung durch Personalkosten- | | | | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | reduzierung bei den Beteiligungsunternehmen | | | | | | 0 | 2.100.000 | 2.600.000 | 3.400.000 |
| Summe | | | 103.260.832,67 | 106.175.006,00 | 117.237.560,22 | 99.163.595,92 | 103.373.620,00 | 101.053.620,00 | 101.594.620,00 | 102.194.620,00 |
| | | | | | Verlustausgleich alt | | 22.575.704 | 26.796.128 | 35.613.692 | 40.100.256 |
| | | | | | Verbesserung | | 80.797.916,00 | 74.257.492,00 | 65.980.928,00 | 62.094.364,00 |
| | | | | | Verlustausgleich neu | | | | | |

2.2 PERSONALKOSTENREDUZIERUNG

Ein wesentlicher Ansatz des Haushaltssicherungskonzeptes ist die Senkung der Personalkosten und der Personalabbau. Dies soll – wie bisher – sozialverträglich, also ohne betriebsbedingte Kündigungen umgesetzt werden.

Die Einsparungen im Personalbereich müssen zu einer strukturellen und damit dauerhaften Reduzierung der Personalaufwendungen führen, da nur so ein wirksamer Beitrag zur Abwendung der drohenden Überschuldung geleistet werden kann.

Die Maßnahmen zur Reduzierung der Personalkosten gliedern sich in:

1. Keine Wiederbesetzung jeder 2. durch Fluktuation frei werdenden Stelle
2. Reduzierung der Rückstellungen für Urlaub und Überstunden
3. Reduzierung der Pensions- und Beihilferückstellungen
4. Korrekturen der Orientierungsdaten und Wirkung der Tarifierhöhung 2010

Zu 1) Keine Wiederbesetzung jeder 2. durch Fluktuation frei werdenden Stelle

Fluktuation ist in diesem Zusammenhang jedes Ausscheiden aus städtischen Diensten, egal ob aus Alters- oder sonstigen Gründen.

Grundlage für die hieraus resultierende Einsparvorgabe war die Zahl der Mitarbeiter/-innen der Verwaltung⁷ zum Stichtag 31.12.2009 (Gesamtbestand = 9.149 Mitarbeiter/-innen). Diese entsprechen einer Vollzeitverrechnung von rd. 8.263 Kräften.

Da das Ziel der Einsparvorgabe die dauerhafte Reduzierung der Zahl der Mitarbeiter/-innen und damit der Personalaufwendungen ist, wurde der Gesamtbestand um die Mitarbeiterkontingente

- die keine Kosten verursachen (Beurlaubte),
- deren Kosten erstattet werden (JobCenter, besondere Einrichtungen, Fraktionsgeschäftsstellen),
- die spezifischen Entscheidungskriterien unterliegen (Auszubildende, Anwärter/innen, Praktikanten/innen, Aufstiegsbeamte/innen, Einsatzingeschränkte im Aufsichtsdienst, Beschäftigte, die dem Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr Wupper (CVUA) zugewiesen sind)

entsprechend bereinigt.

⁷ Kernverwaltung und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

Der so auf **rd. 6.905** vollzeitverrechnete Kräfte **bereinigter Personalbestand** ist der Bestand, dessen Reduzierung tatsächlich kostenrelevant über die Fluktuation verändert werden kann.

Ausgehend vom bereinigten Personalbestand wurden die Altersfluktuationen (Erreichen des Renten-/Pensionseintrittsalters) bis 2014 (rd. 507 Kräfte) ermittelt. Da sich Alters- und sonstige Fluktuation in den letzten Jahren die Waage gehalten haben, wurde als Grundlage für die Einsparvorgabe die Altersfluktuation bis zum Jahr 2014 festgelegt. Hierbei handelt es sich um eine verlässliche und gut zu kalkulierende Größe.

Die Einsparvorgabe ist grundsätzlich von allen Fach- und Geschäftsbereichen zu erbringen. Ausgenommen wurden lediglich die Berufsbereiche feuerwehrtechnischer Dienst sowie der Erziehungs- und Sozialdienst, da in diesen Berufsgruppen Einsparungen aufgrund von gesetzlichen und tatsächlichen Vorgaben ausgeschlossen sind.

Die verbleibenden Berufsgruppen/Fachbereiche mit 5.262 Mitarbeitern/-innen (= **gewichteter Personalbestand**) müssen dementsprechend die **Einsparvorgabe (rd. 507 Kräfte)** erbringen. Um dies zu erreichen, müssen bis Ende des Jahres 2014 rd. 9,64% der am 31.12.2009 in den Geschäfts-/Fachbereichen eingesetzten vollzeitverrechneten Mitarbeiter/-innen ($507 \cdot 100 / 5262 = 9,64\%$) abgebaut werden.

Die Gewichtung führt dazu, dass im verbleibenden Personalkörper mehr als die Altersfluktuation für die Erfüllung der Einsparvorgabe genutzt werden muss.

Für die **Kernverwaltung** ist die Einsparung Teil des Haushaltssicherungskonzeptes. Die **eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen** haben in ihren Wirtschaftsplänen entsprechende Vorgaben zu erfüllen.

Die Einsparvorgaben für die einzelnen Geschäftsbereiche sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

I. Kernverwaltung

| Geschäftsbereich | bereinigter Personalbestand | gewichteter Personalbestand | Einsparvorgabe (Gesamtaltersfluktuation) | tatsächliche Altersabgänge | Durch Nutzung der sonstigen Fluktuation zu erbringen |
|------------------|-----------------------------|-----------------------------|--|----------------------------|--|
| 1A | 564,49 | 564,49 | 54,42 | 31,78 | -22,64 |
| 1B | 1376,42 | 708,97 | 68,34 | 53,93 | -14,41 |
| 2 | 311,57 | 311,57 | 30,04 | 11,98 | -18,06 |
| 4 | 366,04 | 366,04 | 35,29 | 24,29 | -10,99 |
| 5 | 2250,46 | 1275,02 | 122,91 | 111,03 | -11,88 |
| 6A | 776,99 | 776,99 | 74,90 | 72,81 | -2,09 |
| 6B | 366,22 | 366,22 | 35,30 | 34,62 | -0,69 |
| gesamt | 6012,19 | 4369,30 | 421,20 | 340,44 | -80,76 |

II. Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

| | bereinigter Personalbestand | gewichteter Personalbestand | im Rahmen der Wirtschaftspläne zu erbringen | tatsächliche Altersabgänge |
|--------------------------|-----------------------------|-----------------------------|---|----------------------------|
| Essener Systemhaus | 143,00 | 143,00 | 13,79 | 7,00 |
| Sport- und Bäderbetriebe | 235,26 | 235,26 | 22,68 | 16,00 |
| Grün und Gruga | 515,02 | 515,02 | 49,65 | 35,20 |
| gesamt | 893,28 | 893,28 | 86,12 | 58,20 |

Bezogen auf die Personalkostenreduzierung ist bei einem Durchschnittsbetrag von rd. 46.000 EUR/VZ⁸ verrechneter/m Mitarbeiter/in insgesamt von einer **Einsparung von rd. 23 Mio. EUR** auszugehen. In der neuen Gesamtvorgabe gehen alle bisher vorgesehenen Personalausgabenreduzierungen auf!

Dabei sind die Personalkosteneinsparungen nicht linear in den nächsten 5 Jahren zu erbringen. Die Einsparvorgabe wurde entsprechend dem Verhältnis der zu erwartenden Gesamtaltersfluktuation in den jeweiligen Jahren verteilt.

Die Personalkosteneinsparungen betragen in den nächsten Jahren (Angaben in EUR):

Kernverwaltung

| Geschäftsbereich | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | gesamt |
|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------|
| 1A | 315.930 | 350.250 | 422.850 | 577.930 | 836.820 | 2.503.780 |
| 1B | 396.670 | 439.770 | 530.910 | 725.630 | 1.050.660 | 3.143.640 |
| 2 | 174.360 | 193.300 | 233.370 | 318.950 | 461.860 | 1.381.840 |
| 4 | 204.780 | 227.030 | 274.080 | 374.600 | 542.390 | 1.622.880 |
| 5 | 531.600 | 790.860 | 954.760 | 1.304.920 | 2.071.260 | 5.653.400 |
| 6A | 434.740 | 481.990 | 581.880 | 795.270 | 1.151.520 | 3.445.400 |
| 6B | 386.610 | 227.100 | 274.150 | 374.700 | 360.780 | 1.623.340 |
| gesamt | 2.444.690 | 2.710.300 | 3.272.000 | 4.472.000 | 6.475.290 | 19.374.280 |

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | gesamt |
|--------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|
| Essener Systemhaus | 98.100 | 87.200 | 143.840 | 141.700 | 163.500 | 634.340 |
| Sport- und Bäderbetriebe | 161.340 | 143.420 | 236.570 | 233.050 | 268.900 | 1.043.280 |
| Grün und Gruga | 353.210 | 313.960 | 517.870 | 510.190 | 588.670 | 2.283.900 |
| gesamt | 612.650 | 544.580 | 898.280 | 884.940 | 1.021.070 | 3.961.520 |

| | | | | | | |
|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------|
| Insgesamt | 3.057.340 | 3.254.880 | 4.170.280 | 5.356.940 | 7.496.360 | 23.335.800 |
|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------|

⁸ VZ = Vollzeit

Es fällt auf, dass die altersbedingte Fluktuation mit jedem Jahr zunimmt. Dieser Trend wird sich auch über das Jahr 2014 hinaus fortsetzen.

„1.000 Stellen sparen bis 2015“

Mit Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/2011 hat der Rat der Stadt das Programm „1.000 Stellen sparen bis 2015“ beschlossen (vgl. Drucksache Nr. 1260/2010/CDU/GRÜNE/FDP/EBB).

Als Begründung des verabschiedeten Antrags heißt es: *„Haushaltskonsolidierung heißt vor allem Überprüfung der bisherigen Leistungen, sowie Optimierung der Personal- und Organisationsmanagements. Einsparungen im Personalbereich machen die Überprüfung und Reduzierung des Leistungskataloges umso notwendiger. Unser Ziel ist es „1.000 Stellen sparen bis 2015“. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie dieses Ziel erreicht werden kann und verdeutlicht und bewertet, welche bisherigen städt. Aufgaben und Leistungen dann nicht mehr oder nicht mehr im vollen Umfang erbracht werden können. Dazu werden verschiedene Szenarien erarbeitet, damit der Rat der Stadt Essen eine angemessene Entscheidung vor dem Hintergrund der kommunalen Daseinsvorsorge treffen kann. Insbesondere ist dabei die Verbesserung der Gesundheitsquote u.a. durch ein effizientes Gesundheitsmanagement in den Blick zu nehmen.“*

Die mit dem Programm verbundenen Haushaltsverbesserungen betragen 2,1 Mio. € (2011), 2,6 Mio. € (2012) und 3,4 Mio. € (2013).

Die Folgen der vorgesehenen Personaleinsparungen werden aufgrund der Größenordnung deutlich zu spüren sein, denn auch wenn intensiv alle Möglichkeiten zur Optimierung von Geschäftsprozessen und zum Technikeinsatz genutzt werden, bedeutet Personalabbau im Wesentlichen Einschränkung von Leistungen. Dazu werden Einschränkungen von Öffnungszeiten, die Kürzung von Angeboten sowie die Aufgabe von Einrichtungen und Standorten mit Auswirkungen für die Essener Bürgerinnen und Bürger gehören.

Zu 2) Reduzierung der Rückstellungen für Urlaub und Überstunden

Die Stadt Essen bildet jährlich Rückstellungen von rd. 12,5 Mio. EUR für zu übertragende Urlaubstage und Überstunden. Diese Rückstellungen sind durch folgende Maßnahmen um mindestens 1/4 (rd. 3 Mio. EUR) zu reduzieren.

- Einführung von Betriebsferien zum Jahresende (2010: vom 22.12.2010 – 30.12.2010)
- Anwendung der tarifvertraglichen Regelungen des TVöD; d.h. der Urlaub muss bis zum 31.03. des Folgejahres angetreten bzw. spätestens bis 31.05. des Folgejahres genommen werden (derzeit wird für den Tarifbereich die Regelung für Beamte angewandt, wonach der Urlaub bis zum 30.09. des Folgejahres genommen sein muss).

- Entlastung der Mehrarbeit- und Gleitzeitkonten zum 31.12. jeden Jahres (Begrenzung der Übertragbarkeit)

Die mit der Umsetzung der vg. Maßnahmen verbundenen finanzwirtschaftlichen Auswirkungen belaufen sich auf 1.700.000 EUR (2010), 477.000 EUR (2011), 390.000 EUR (2012) und 473.000 EUR (2013).

Zu 3) Reduzierung der Pensions- und Beihilferückstellungen

Die Stadt Essen setzt zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen die geprüfte und aktuelle Version der Software „Hessler Pensionsrückstellungen“ ein. Die Pensionsrückstellungen belaufen sich zur Jahresrechnung 2009 auf rd. 888,8 Mio. EUR. Die hieraus abgeleiteten Beihilferückstellungen (19,93% der Pensionsrückstellungen) betragen rd. 173,5 Mio. EUR.

Die aktuellen Ergebnisse des Jahres 2009 sowie die Absenkung der angewandten jährlichen Dynamisierung auf 0,5% führen in den kommenden Jahren zu geringeren Rückstellungszuführungen als noch im ersten Rohentwurf zum Doppelhaushalt 2010/2011 geplant.

Die Verbesserungen aufgrund der geringeren Rückstellungszuführung betragen rd. 17,5 Mio. EUR (2010), 19,3 Mio. EUR (2011), 20,5 Mio. EUR (2012) und 22,2 Mio. EUR (2013).

Zu 4) Korrekturen der Orientierungsdaten und Wirkung der Tarifierhöhung 2010

Die mit der Umsetzung der aktualisierten Orientierungsdaten (Runderlass des Innenministeriums NRW) verbundenen finanzwirtschaftlichen Auswirkungen belaufen sich auf 325.000 EUR (2010), 4.051.750 EUR (2011), 7.922.750 EUR (2012) und 11.931.950 EUR (2013).

Durch den moderaten Tarifabschluss TVöD 2010 ergaben sich u.a. durch seine Langfristigkeit (26 Monate Laufzeit) positive finanzwirtschaftliche Auswirkungen von 1,0 Mio. EUR. Diese Wirkung kann ab 2010 dauerhaft erzielt werden. Anders verhält es sich bei den Auswirkungen des Sozial- und Erziehungstarifvertrages. Hier mussten gegenüber der bisherigen Planung Aufwandssteigerungen in Höhe von 725.690 EUR p.a. berücksichtigt werden.

Da der im Herbst vergangenen Jahres erstellte Haushaltsplan-Rohentwurf teilweise bereits Personalausgabenreduzierungen aufgrund von Fluktuation und beschlossener Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK 2008/2009 beinhaltet, betragen die Haushaltsverbesserungen im Personalbereich gegenüber dem Rohentwurf:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|--|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Einsparung „Nichtbesetzung jeder zweiten freiwerdenden Stelle“ | 1.154.440 € | 3.254.440 € | 6.054.440 € | 10.054.440 € |
| Programm „1.000 Stellen sparen bis 2015“ | 0 € | 2.100.000 € | 2.600.000 € | 3.400.000 € |
| Reduzierung der Rückstellungen für Urlaub/Überstunden (Betriebsferien) | 1.700.000 € | 477.000 € | 390.000 € | 473.000 € |
| Reduzierung der Pensions- und Beihilferückstellungen | 17.466.000 € | 19.297.200 € | 20.445.300 € | 22.248.500 € |
| Korrekturen der Orientierungsdaten | 325.000 € | 4.051.750 € | 7.922.750 € | 11.931.950 € |
| Auswirkungen Tarifabschluss 2010 | 1.000.000 € | 1.000.000 € | 1.000.000 € | 1.000.000 € |
| Auswirkungen des Sozial- und Erziehungstarifvertrages | -725.690 € | -725.690 € | -725.690 € | -725.690 € |
| Veränderungen bei der Personalplanung | 156.250 € | 186.500 € | 600.500 € | 958.300 € |
| Gesamtverbesserung | 21.076.000 € | 29.641.200 € | 38.287.300 € | 49.340.500 € |

2.3 REDUZIERUNG DER SACHAUFWENDUNGEN IM VERWALTUNGSBEREICH

Neben den Konsolidierungsbeiträgen der Beteiligungsunternehmen und dem erforderlichen Stellenabbau im Wege der Fluktuation müssen auch massive Aufwandsreduzierungen im Verwaltungsbereich vorgenommen werden, um die vorgesehene Rückführung des jährlichen Fehlbetrages zu ermöglichen.

Auf Basis des Rechnungsergebnisses 2008 wurden daher für jeden Geschäftsbereich Budgetvorgaben ermittelt, die für die Jahre 2011 bis 2013 um jährlich 2% der zahlungswirksamen **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen** weiter reduziert wurden. Aus dem Vergleich mit den im Herbst letzten Jahres erfolgten Haushaltsanmeldungen der Geschäftsbereiche ergaben sich so die im Planungszeitraum zu realisierenden Einsparvorgaben.

In Höhe dieser Kürzungsbeträge mussten die Geschäftsbereiche geeignete Konsolidierungsmaßnahmen vorschlagen. Sofern die Vorgabe nicht durch Reduzierung der Aufwendungen im vollen Umfang erbracht werden konnte, waren auch Maßnahmen zur Ertragssteigerung möglich.

Zur Meldung geeigneter HSK-Maßnahmen standen hierbei den Fach- und Geschäftsbereichen insbesondere folgende Ansätze zur Verfügung:

- **Bisher noch nicht realisierte Ansätze aus dem Konsolidierungsprogramm des Haushaltssicherungskonzeptes 2008/2009**
- **Realisierbare Einsparpotenziale aus der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA-Gutachten)⁹.**

Darüber hinaus sollten in der Vergangenheit verworfene Konsolidierungsansätze erneut auf den Prüfstand gestellt und neue Ansätze entwickelt werden.

Wie die nachfolgende Übersicht verdeutlicht, haben die gegenüber der ursprünglichen Haushaltsanmeldung vorgenommenen Ansatzveränderungen unterschiedliche Ausprägungen.

Da nicht jede Veränderung der Planansätze auf einzelne HSK-Maßnahmen zurückzuführen ist, bietet sich eine Klassifizierung in folgende vier Kategorien an:

1. **Prognoseveränderungen**
2. **Standardveränderungen**
3. **Kürzungen**
4. **Streichungen**

⁹ vgl. Bericht über die Umsetzung der Feststellungen und Handlungsempfehlungen aus der überörtlichen Prüfung (GPA) der Stadt Essen in den Jahren 2007 bis 2008

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|--|--------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 1. Prognoseveränderungen | | | | |
| Lernmittelreduzierung aufgrund geringerer Schülerzahlen | 50.000 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| Unterbringung Förderschulen | 73.610 € | 12.249 € | 12.249 € | 12.249 € |
| Geänderte OGS/SEP-Planung | 50.000 € | 34.974 € | 0 € | 0 € |
| Grundversorgung / Hilfe in besonderen Lebenslagen | 3.955.949 € | 5.613.827 € | 6.091.172 € | 6.793.653 € |
| AsylbewLG | 1.372.932 € | 2.065.958 € | 2.220.521 € | 2.435.044 € |
| Personalkostenerstattung Job-Center | 140.241 € | 1.320.989 € | 1.388.733 € | 1.501.833 € |
| Verschiebung der Zuständigkeit vom örtl. zum überörtl. Sozialhilfeträger | 108.395 € | 161.046 € | 169.288 € | 183.056 € |
| Bestattungskosten FB 50 | 226.162 € | 336.018 € | 353.213 € | 381.940 € |
| Sanierung von Altlasten | 150.000 € | 150.000 € | 150.000 € | 150.000 € |
| Politische Gremien / Repräsentation | 243.963 € | 377.557 € | 470.257 € | 562.957 € |
| Gutachten im Rahmen der Bauleitplanung | 80.000 € | 80.000 € | 80.000 € | 80.000 € |
| Prozesszinsen | 98.000 € | 98.000 € | 98.000 € | 98.000 € |
| gesamt | 6.549.252 € | 10.250.618 € | 11.033.433 € | 12.198.732 € |
| Anteil an der Gesamtverbesserung | 21,1% | 26,4% | 31,7% | 31,1% |

| | | | | |
|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 2. Standardveränderungen | | | | |
| Reduzierung Schulausstattung | 1.933.509 € | 2.099.300 € | 1.555.200 € | 1.555.200 € |
| Schulmilch „natur“ | 33.600 € | 49.830 € | 49.830 € | 49.830 € |
| Angemessene KDU im Bereich SGB XII | 1.500.000 € | 1.500.000 € | 1.500.000 € | 1.500.000 € |
| Reduzierung Fachleistungsstunden, Erhöhung Falldichte, Auslastung der Heime | 3.286.119 € | 4.000.000 € | 4.000.000 € | 4.000.000 € |
| Änderung der Buchungszeiten in Kitas | 730.000 € | 1.700.000 € | 1.700.000 € | 1.700.000 € |
| Erhöhung der Rückgriffsquote | 160.000 € | 434.000 € | 420.000 € | 403.000 € |
| Interkulturelles Konzept | 143.405 € | 113.054 € | 123.957 € | 142.171 € |
| Substitutionsambulanz / psychosoziale Betreuung | 0 € | 152.000 € | 252.000 € | 252.000 € |
| Aufgabe Standort Halle XII | 180.834 € | 217.000 € | 217.000 € | 217.000 € |
| Folkwang Musikschule, Aufwand bei JEKI | 50.000 € | 114.000 € | 132.000 € | 152.000 € |
| Volkshochschule Drittmittelförderung | 0 € | 170.000 € | 272.000 € | 340.000 € |
| Abmietung von Büroflächen durch Personalarückgang | 0 € | 100.000 € | 200.000 € | 1.000.000 € |
| Reduzierung Bauunterhaltung | 405.854 € | 5.382.203 € | 5.046.595 € | 6.345.244 € |
| Preisreduzierung Gebäudereinigung | 175.000 € | 240.000 € | 305.000 € | 370.000 € |
| Verschiebung energetischer Maßnahmen | 5.000.000 € | 5.000.000 € | 0 € | 0 € |
| Aufwandsbegrenzung Schulnetze (IT-Dienstleistung) | 80.641 € | 129.558 € | 129.558 € | 129.558 € |
| Sonstige Standardveränderungen | 4.391.188 € | 452.418 € | 459.998 € | 472.661 € |
| gesamt | 18.070.150 € | 21.853.363 € | 16.363.138 € | 18.628.664 € |
| Anteil an der Gesamtverbesserung | 58,3% | 56,3% | 47,0% | 47,5% |

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 3. Kürzungen | | | | |
| Schulbonus-Reduzierung / Kürzung Schulbudget | 250.719 € | 356.907 € | 356.907 € | 356.907 € |
| Zuschuss Suchthilfe direkt Essen gGmbH | 260.653 € | 354.063 € | 300.803 € | 292.300 € |
| Kürzung freiwilliger Trägeranteile | 59.000 € | 365.875 € | 369.500 € | 498.135 € |
| Jugendaufwandswert | 196.157 € | 400.946 € | 399.595 € | 400.145 € |
| Unterhaltung und Wartung der Parkscheinautomaten / Personalgestellung Verkehrsüberwachung | 72.500 € | 167.500 € | 231.500 € | 303.500 € |
| Integriertes Energie- und Klimakonzept | 61.244 € | 61.964 € | 62.685 € | 63.405 € |
| Aufwendungen für Gebäudereinigung | 1.328.000 € | 1.696.000 € | 2.000.500 € | 2.351.000 € |
| Beratungskosten | 205.502 € | 302.791 € | 302.791 € | 302.791 € |
| Reduzierung der Aufwendungen für IT | 424.280 € | 575.000 € | 625.000 € | 925.000 € |
| Sonstige Kürzungen | 3.423.694 € | 2.377.226 € | 2.499.715 € | 2.661.216 € |
| gesamt | 6.281.749 € | 6.658.272 € | 7.148.996 € | 8.154.399 € |
| Anteil an der Gesamtverbesserung | 20,3% | 17,1% | 20,5% | 20,8% |

| | | | | |
|---|-----------------|-----------------|------------------|------------------|
| 4. Streichungen | | | | |
| Personalkostenzuschuss EWG (Projekt Europaschulen) | 36.800 € | 36.800 € | 36.800 € | 36.800 € |
| Zuschuss UNI Duisburg/Essen zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund | 0 € | 0 € | 182.096 € | 182.086 € |
| Schließung der Kantine Steubenstr. 53 | 35.501 € | 42.500 € | 42.500 € | 42.500 € |
| gesamt | 72.301 € | 79.300 € | 261.396 € | 261.396 € |
| Anteil an der Gesamtverbesserung | 0,2% | 0,7% | 0,7% | 0,7% |

| | | | | |
|------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Insgesamt | 30.973.452 € | 38.841.553 € | 34.806.963 € | 39.243.191 € |
|------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|

Aus der Klassifizierung der HSK-Maßnahmen im Sachkostenbereich wird deutlich, dass der überwiegende Teil der Einsparungen auf **Standardveränderungen** zurückzuführen ist. Die Veränderungen an den Gesamtverbesserungen im Sachkostenbereich **betragen** hier in den Jahre 2010 bis 2013 **rd. 52,1%**.

Prognoseveränderungen gegenüber der bisherigen Planung **bilden mit rd. 27,8% den zweitgrößten Einsparbereich** bei den Sachkosten. Hier tragen insbesondere Umsteuerungsmaßnahmen im Sinne von „ambulante vor stationär“, Präventionsmaßnahmen bei der Hilfe zur Gesundheit sowie passgenaue Hilfeplanungen bei der Eingliederungshilfe zu den positiveren Einschätzungen bei. Einen weiteren Beitrag leisten veränderte Fallzahlprognosen bei den Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Der Anteil von Maßnahmen, die zu **Kürzungen (rd. 19,6%)** bzw. **Streichungen (rd. 0,5%)** von Sachaufwendungen führen zeigt, dass die Einsparmaßnahmen zwar der dramatischen Haushaltssituation Rechnung tragen, massive Leistungseinschränkungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern im aktuellen Haushaltssicherungskonzept aber vermieden werden können.

2.4 STEIGERUNG DER ERTRÄGE

Da die geplanten Reduzierungen der Aufwendungen nicht ausreichen die drohende Überschuldung nach Maßgabe der Konsolidierungslinie zu verhindern, muss die Stadt Essen auch ihre Möglichkeiten ausschöpfen, die kommunalen Erträge zu steigern.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltslage sieht das aktuelle Haushaltssicherungskonzept Ertragssteigerungen insbesondere bei der **Gewerbsteuer** und der **Grundsteuer B** vor, da sie von der Stadt Essen über eigene Hebesätze beeinflussbar sind.

Gewerbsteuer

Bei der Gewerbsteuer handelt es sich um die wichtigste originäre Einnahmequelle der Stadt Essen. Obwohl ihr Aufkommen stark konjunkturabhängig ist, kann sie in begrenztem Maße über den jährlich vom Rat der Stadt festzusetzenden Hebesatz bestimmt werden.

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, erfolgte die letzte Hebesatzanpassung zum 01.01.1998 von 450 v.H auf 470 v.H.:

| Jahr | Hebesatz (Gewerbsteuer) |
|-------------|------------------------------------|
| 1972 | 290 % |
| 1980 | 334 % |
| 1982 | 375 % |
| 1983 | 395 % |
| 1986 | 420 % |
| 1987 | 430 % |
| 1992 | 440 % |
| 1995 | 450 % |
| 1998 | 470 % |

Gewerbsteuer- Hebesatzentwicklung in Essen

Betrachtet man die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Essen im Zeitablauf wird deutlich, welchen unmittelbaren Einfluss sowohl die wirtschaftliche Entwicklung, als auch Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre auf die Gewerbsteuer haben.

Neben der Gewerbsteuer (brutto) berücksichtigt die Tabelle auf der folgenden Seite die von der Stadt Essen an Bund und Land abgeführte Umlage.

| Jahr | Gewerbesteuer (brutto) | Umlage | Gewerbesteuer (netto) |
|------|------------------------|--------|-----------------------|
| 1997 | 296,2 | 51,9 | 244,3 |
| 1998 | 273,9 | 46,6 | 227,3 |
| 1999 | 281,5 | 52,1 | 229,4 |
| 2000 | 261,6 | 44,4 | 217,2 |
| 2001 | 256,3 | 50,1 | 206,2 |
| 2002 | 197,6 | 42,7 | 154,9 |
| 2003 | 230,5 | 55,5 | 175,0 |
| 2004 | 257,4 | 44,4 | 213,0 |
| 2005 | 277,2 | 50,2 | 227,0 |
| 2006 | 300,7 | 50,3 | 250,4 |
| 2007 | 498,5 | 73,5 | 425,0 |
| 2008 | 382,1 | 47,6 | 334,5 |

Gewerbsteuerentwicklung in Essen in Mio. EUR

Im Jahr 1997 betragen die Gewerbesteuereinnahmen rd. 296,2 Mio. EUR (brutto) bzw. nach Abzug der Gewerbesteuerumlage Fonds Deutsche Einheit und der Normalumlage rd. 244 Mio. EUR (netto). Dieses Einnahmenniveau wurde erst im Jahr 2006 (rd. 301 Mio. EUR brutto bzw. rd. 250 Mio. EUR netto), also fast zehn Jahre später, wieder erreicht. Das herausragende Ergebnis im Jahr 2007 ist auf einen steuerlichen Einzelfall zurückzuführen.

Die für die Einnahmeentwicklung negativen Auswirkungen im Zeitraum 1997 bis 2002 sind vor allem auf die Änderung des Steuerrechts zurückzuführen. Größter Einflussfaktor war der **Wegfall der Besteuerung des Gewerbekapitals** im Jahr 1998. Steuerliche Gegenfinanzierungsmaßnahmen, wie die Einführung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer im gleichen Jahr, konnten den weiteren Steuerausfall nicht kompensieren. Auch die Anhebung des Hebesatzes der Stadt Essen in 1997 von 450% auf 470% konnte keinen Ausgleich bringen. Darüber hinaus wurden im Jahr 2001 die **Veräußerungen von Beteiligungen steuerfrei gestellt**, so dass sich die Gewerbesteuereinnahmen in Essen weiterhin rückläufig entwickelten. Als Ergebnis der steuerrechtlichen Änderungen flossen der Stadt Essen im Jahr 2002 nur Gewerbesteuereinnahmen von rd. 198 Mio. EUR (brutto) zu, dies entsprach im Vergleich zum Jahr 1996 einem prozentualen Rückgang von nahezu 32%.

Im Zeitraum 2002 bis 2007 erfuhr das Steuerrecht dann Änderungen mit überwiegend positiven Auswirkungen für die Einnahmenentwicklung der Stadt Essen. In 2002 erfolgte eine **Änderung der Voraussetzungen der gewerbesteuerlichen Organschaft**, in 2004 wurde der **gewerbesteuerliche Verlustvortrag eingeschränkt**. Infolge dessen stiegen die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2004 auf rd. 257 Mio. EUR (brutto) an.

Anfang 2008 hatte die **Unternehmenssteuerreform** erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen. Ziel der Unternehmenssteuerreform war die Senkung der steuerlichen Belastung der Unternehmen. Dieses Ziel wurde durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 15 %, sowie durch die Senkung der Steuermesszahl der Gewerbesteuer auf einheitlich 3,5 % erreicht. Als Ausgleich zu den dadurch rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen stellt die Gewerbesteuer seit 2008 für die Unternehmen keine abzugsfähige Be-

triebsausgabe von der Körperschaftsteuer mehr dar. Bei der Einkommensteuerfestsetzung kommt es durch die Anrechnung der Gewerbesteuer weiterhin zu einer Entlastung.

Des Weiteren ist die Hinzurechnung von Entgelten für Schulden vollkommen neu geregelt. Bisher erfolgte die Hinzurechnung zu 50% für Entgelte von Dauerschulden. Ab 2008 werden sämtliche Finanzierungskosten zu 25% dem Gewerbeertrag hinzugerechnet, soweit die Summe den Betrag von 100.000 EUR übersteigt. Im Bereich des Körperschaftsteuerrechts erfolgt die Einführung der Zinsschranke, mit der der Gesetzgeber erreichen möchte, dass die Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen erhöht wird. Zudem soll der Minderung des deutschen Steuersubstrates entgegengewirkt werden. Der Abzug der Zinsaufwendungen wird grundsätzlich bis zur Höhe der Zinserträge möglich sein. Der übersteigende Betrag ist nur noch eingeschränkt abzugsfähig. Des Weiteren hat der Gesetzgeber die Grenze bei „Geringwertigen Wirtschaftsgütern“ und deren Sofortabschreibung neu geregelt¹⁰.

Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform aus dem Jahr 2008 spiegeln sich in dem Jahr 2009 noch nicht wieder. Der Grund liegt in der zeitlichen Verschiebung der Festsetzungen der Gewerbesteuer für Vorjahre (Steuererklärungen der großen Steuerzahler für 2008 werden in der Regel in 2010 eingereicht). Es ist daher davon auszugehen, dass erst ab 2010 diese Effekte deutlich werden. Dementsprechend wurde der Ansatz für das Jahr 2010 geschätzt.

Das **Bürgerentlastungsgesetz** vom 10. Juli 2009 ist ab dem 1. Januar 2010 in Kraft getreten und sorgt dafür, dass jedem Bürger ein höheres Nettoeinkommen zur Verfügung steht. Die Grundlagen dazu hat das Bundesverfassungsgericht durch Entscheidung am 13.2.2008 gelegt, indem es festgelegt hat, dass die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes bezüglich der steuerlichen Berücksichtigung von Beiträgen für die private Kranken- und Pflegeversicherung mit dem Grundgesetz unvereinbar sind, wenn sie nicht die steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge zur sozialhilfegleichen Kranken- und Pflegeversorgung des Steuerpflichtigen und seiner Familie gewährleisten.

Die Steuerfreiheit des Existenzminimums soll dem Steuerpflichtigen zumindest die Sicherheit für den Schutz des Lebensstandards auf dem Niveau der Sozialhilfe geben. Da die Kranken- und Pflegeversicherung ein wichtiger Bestandteil des Leistungsumfangs ist, der vom Sozialgesetzbuch umschrieben wird, müssen diese Beiträge auch in Bezug auf diese Steuerfreiheit des Existenzminimums berücksichtigt werden. Da im Sozialhilfebezug die Leistungen weitestgehend denen der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechen, sind genau die Beiträge bei der steuerlichen Neubetrachtung zugrunde zu legen, mit denen der Versicherungsnehmer einen Versicherungsschutz erhält, der dem der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht. Ausgeschlossen von der neuen Gesetzesregelung sind Sonderleistungen wie zum Beispiel die Behandlung durch einen Chefarzt oder die Unterbringung in einem Einzelzimmer sowie die Beiträge zur Finanzierung des Krankengeldes.

Dagegen werden die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur privaten Krankenversicherung steuerlich berücksichtigt, wenn diese der Bezahlung der Basisleistungen dienen. Zusätzlich kommen auch die Beiträge für die private und die gesetzliche Pflegepflichtversicherung für die neue Regelung in Betracht.

In Zahlen ausgedrückt führt das Bürgerentlastungsgesetz ab 2010 zu Entlastungen bei den Bürgerinnen und Bürgern von ungefähr zehn Milliarden Euro pro Jahr. Die **Auswirkungen des**

¹⁰ Zwischenzeitlich durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wieder geändert!

Bürgerentlastungsgesetzes auf den Haushalt der Stadt Essen bewegen sich im zweistelligen Millionenbereich und betragen in den Jahren 2010 bis 2013:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|-------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Anteil an der Einkommensteuer | -11,14 Mio. € | -14,50 Mio. € | -14,64 Mio. € | -15,58 Mio. € |

Das Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (**Wachstumsbeschleunigungsgesetz**) wurde im Dezember 2009 vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Mit ihm wurden zuvor in der Koalitionsvereinbarung beschlossene steuerliche Sofortmaßnahmen umgesetzt. Es handelte sich dabei um das dritte Konjunkturpaket, das deutsche Bundesregierungen innerhalb eines Jahres gegen die 2007 einsetzende Wirtschaftskrise auflegten.

Nach der Gesetzesbegründung bezieht sich das Gesetz auf die „Folgen der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland“. Der Einbruch des Wirtschaftswachstums soll nach der Begründung möglichst schnell durch eine Steuerpolitik „als Wachstumspolitik“ überwunden werden. Hierzu sollen „zielgerichtete steuerliche Entlastungen“ dienen, im Bereich der Einkommensteuer und Gewerbesteuer z.B. durch Verbesserung der Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter und durch die Anhebung der Kinderfreibeträge/des Kindergeldes. „Krisenverschärfende Elemente“ der Unternehmensteuerreform werden abgemildert, so dass Firmen wieder die Möglichkeit haben, Verluste in größerem Umfang steuermindernd geltend zu machen. Auch die so genannte Zinsschranke wird nach Inkrafttreten des Gesetzes weniger streng gehandhabt. Gelockert werden dadurch die Bestimmungen zum Abzug von Zinsaufwendungen.

Die **Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes** für die Stadt Essen:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|-------------------------------|----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| Gewerbesteuer (brutto) | - 2,00 Mio. € | - 7,73 Mio. € | - 10,02 Mio.€ | - 8,19 Mio. € |
| Anteil an der Einkommensteuer | - 6,28 Mio. € | - 6,80 Mio. € | - 7,03 Mio. € | - 6,80 Mio. € |
| gesamt | - 8,28 Mio. € | - 14,53 Mio. € | - 17,05 Mio. € | - 14,99 Mio. € |

Die vorgenannten Auswirkungen werden teilweise ab dem Jahr 2010 wirksam. Auf Grund der zeitlichen Verschiebung der Festsetzungen der Gewerbesteuer für Vorjahre (Steuererklärungen der großen Steuerzahler für 2009 werden in der Regel in 2011 eingereicht) sind die Auswirkungen im Bereich der Gewerbesteuer erst ab 2011 zu erwarten. Zunächst werden die Gewerbesteuererinnahmen auf Grund der Entlastung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zurückgehen. Zukünftig wird jedoch damit gerechnet, dass durch die angestoßene Konjunkturbelebung die Steuereinnahmen wieder steigen:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Gewerbesteuereinnahmen | 317,8 Mio. € | 329,9 Mio. € | 356,3 Mio. € | 392,2 Mio. € |
| Wertberichtigungen | - 6,2 Mio. € | - 6,5 Mio. € | - 7,1 Mio. € | - 7,7 Mio. € |
| gesamt | 311,6 Mio. € | 323,4 Mio. € | 349,2 Mio. € | 384,5 Mio. € |

Geplante Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Essen in den Jahren 2010 – 2013 (incl. Hebesatzänderung zum 01.01.2010)

Um allein die mit dem Bürgerentlastungsgesetz und dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz verbundenen Steuerausfälle teilweise kompensieren zu können, ist eine Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes in Essen unumgänglich.

Das Haushaltssicherungskonzept sieht daher rückwirkend zum 01.01.2010 eine Hebesatzerhöhung von 10%-Punkten vor. Dies entspricht c.p. einem Mehraufkommen von rd. 5,1 Mio. EUR (2010), 5,6 Mio. EUR (2011), 6,7 Mio. EUR (2012) und 7,7 Mio. EUR (2013).

Die steuerliche Belastung eines Unternehmens in Essen würde durch die Erhöhung des Hebesatzes von einem Steuersatz von derzeit 16,45 v.H. auf 16,8 v.H. steigen. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass nicht alle Unternehmen in Essen von der Steuererhöhung betroffen sind. Derzeit (Stand: 31.03.2010) zahlen von 41.300 angemeldeten Gewerbebetrieben lediglich 6.972 Unternehmen in Essen Gewerbesteuer. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 16,9 %. Von diesen zahlen 50 Gewerbebetriebe 55,8 % des gesamten Gewerbesteueraufkommens der Stadt Essen. Mit anderen Worten: Die Gewerbesteuereinnahmen in Essen werden von wenigen Steuerzahlern erbracht! Die verbleibenden Gewerbebeanmeldungen, die nicht zu Gewerbesteuereinnahmen führen, bestehen zum einen aus Betrieben, die Gewinne unterhalb des Gewerbesteuerfreibetrags erzielen, sowie Betrieben, die lediglich eine Betriebsstätte in Essen halten oder organschaftlich verbunden sind.

Grundsteuer B

Bei der Grundsteuer handelt es sich um eine Realsteuer. Das bedeutet, dass sie sich am besteuerten Objekt und nicht an den persönlichen Verhältnissen der Grundstückseigentümer ausrichtet. Steuerobjekt ist der Grundbesitz. Hierzu zählen Betriebe der Land- und Fortswirtschaft (Grundsteuer A) sowie Grundstücke (Grundsteuer B). Besteuerungsgrundlage für die Grundsteuer ist der nach dem Bewertungsgesetz festgestellte Einheitswert. Auf diesem Einheitswert fußt der von dem jeweils zuständigen Finanzamt anhand von Steuermesszahlen festzusetzende Steuermessbetrag, auf den jede Gemeinde ihren eigenen Hebesatz anwendet. Aus der Multiplikation des gemeindlichen Hebesatzes mit dem Steuermessbetrag errechnet sich die Grundsteuerschuld des Grundstückseigentümers.

Die Erträge aus der Grundsteuer A belaufen sich in Essen auf rd. 0,2 Mio. EUR, so dass sie im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vernachlässigt werden können.

Die Grundsteuer B ist mit einem jährlichen Aufkommen von rd. 95 Mio. EUR die zweitgrößte Steuer in Essen. Gemäß § 25 Grundsteuergesetz (GrStG) sind die Hebesätze jährlich durch die Gemeinde festzusetzen; die letzte Anpassung des Hebesatzes in Essen erfolgte zum 01.01.2002 von 490 v.H. auf 510 v.H.

| Jahr | Hebesatz (Grundsteuer B) |
|------|-----------------------------|
| 1972 | 290 % |
| 1982 | 320 % |
| 1986 | 350 % |
| 1987 | 380 % |
| 1988 | 420 % |
| 1992 | 440 % |
| 1995 | 470 % |
| 2001 | 490 % |
| 2002 | 510 % |

Grundsteuer- Hebesatzentwicklung in Essen

Im Städtevergleich liegt der aktuelle Hebesatz in Essen zwar im oberen Bereich, so dass allein die isolierte Betrachtung der Hebesätze eine Erhöhung noch nicht rechtfertigen würde. Bei einer geplanten Steuererhöhung muss jedoch nicht allein der Hebesatz, sondern die tatsächliche Belastung pro Einwohner zugrunde gelegt werden, die auch vom Einheitswert des Grundstücks abhängt. Da die Grundsteuer nicht allein vom Grundstückseigentümer, sondern im Umlageverfahren auch von den Mietern getragen wird, erstreckt sich eine Steuererhöhung auf sämtliche Essener Unternehmen und Haushalte. So werden die Einwohner entsprechend ihrer wohnwirtschaftlichen Situation an der Finanzierung ihrer Stadt beteiligt.

Berücksichtigt man beim Städtevergleich die mit der Grundsteuer B verbundene Belastung pro Einwohner, erscheint die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung geplante **Erhöhung zum 01.01.2010 auf 590 v.H. bzw. um jährlich durchschnittlich rd. 26 EUR pro Einwohner** sehr moderat und vor dem Hintergrund der Finanzsituation gut vertretbar.

Grundsteuer B nach Belastung pro Einwohner

| Stadt /Ort | Einwohner (Stand 31.12.2008) | 2009 | | |
|---------------|---------------------------------|----------|--------------------------|----------------------------|
| | | Hebesatz | Aufkommen vorauss. RE | Belastung pro Einwohner |
| Halle | 233.013 | 440 | 19.950.000,00 € | 85,62 € |
| Erfurt | 203.333 | 370 | 18.600.000,00 € | 91,48 € |
| Herne | 166.924 | 500 | 18.125.000,00 € | 108,58 € |
| Magdeburg | 230.047 | 450 | 26.685.800,00 € | 116,00 € |
| Hamm | 182.459 | 465 | 23.870.000,00 € | 130,82 € |
| Leipzig | 515.469 | 500 | 68.200.000,00 € | 132,31 € |
| Gelsenkirchen | 262.063 | 530 | 35.000.800,00 € | 133,56 € |
| Bottrop | 117.756 | 530 | 15.908.085,00 € | 135,09 € |
| Mainz | 197.623 | 400 | 28.492.680,54 € | 144,18 € |
| Dresden | 512.234 | 635 | 74.726.474,00 € | 145,88 € |
| Dortmund | 584.412 | 470 | 85.614.381,00 € | 146,50 € |
| Duisburg | 494.048 | 500 | 74.100.000,00 € | 149,99 € |
| Bielefeld | 323.615 | 440 | 49.000.000,00 € | 151,41 € |

| | | | | |
|--------------------|----------------|------------|-------------------------|-----------------|
| Oberhausen | 215.670 | 530 | 32.845.000,00 € | 152,29 € |
| Aachen | 259.269 | 470 | 40.036.000,00 € | 154,42 € |
| Münster | 273.875 | 420 | 43.500.000,00 € | 158,83 € |
| Solingen | 161.779 | 490 | 25.845.000,00 € | 159,75 € |
| Hagen | 192.177 | 495 | 30.797.322,00 € | 160,25 € |
| Wuppertal | 353.308 | 490 | 57.000.000,00 € | 161,33 € |
| Mönchengladbach | 258.848 | 475 | 41.978.000,00 € | 162,17 € |
| Essen | 579.759 | 510 | 95.321.163,98 € | 164,42 € |
| Remscheid | 112.679 | 490 | 19.000.000,00 € | 168,62 € |
| Krefeld | 236.333 | 475 | 40.106.000,00 € | 169,70 € |
| Bochum | 378.596 | 495 | 66.000.000,00 € | 174,33 € |
| Kassel | 194.168 | 490 | 34.200.000,00 € | 176,14 € |
| Mülheim | 168.288 | 500 | 30.654.415,27 € | 182,15 € |
| Saarbrücken | 176.749 | 430 | 32.725.807,22 € | 185,15 € |
| Stuttgart | 600.068 | 400 | 111.400.000,00 € | 185,65 € |
| Göttingen | 121.455 | 530 | 22.833.000,00 € | 188,00 € |
| Essen (neu) | 579.759 | 590 | 110.273.503,43 € | 190,21 € |
| Leverkusen | 161.322 | 500 | 30.699.000,00 € | 190,30 € |
| Nürnberg | 503.638 | 490 | 99.699.522,00 € | 197,96 € |
| Köln | 995.420 | 500 | 201.440.000,00 € | 202,37 € |
| Freiburg | 219.665 | 600 | 44.695.000,00 € | 203,47 € |
| Bonn | 317.949 | 500 | 65.100.000,00 € | 204,75 € |
| München | 1.326.807 | 490 | 275.000.000,00 € | 207,26 € |
| Berlin | 3.430.545 | 810 | 735.000.000,00 € | 214,25 € |
| Düsseldorf | 584.217 | 440 | 128.500.000,00 € | 219,95 € |
| Hamburg | 1.775.333 | 540 | 412.466.104,00 € | 232,33 € |
| Bremen | 547.360 | 580 | 128.459.000,00 € | 234,69 € |
| Hannover | 519.619 | 530 | 123.307.000,00 € | 237,30 € |
| Frankfurt | 664.838 | 460 | 169.146.371,00 € | 254,42 € |

Die mit der Anpassung des Grundsteuer verbundenen Mehrerträge belaufen sich c.p. auf 15,3 Mio. EUR (2010), 15,5 Mio. EUR (2011), 15,9 Mio. EUR (2012) und 16,1 Mio. EUR (2013).

Neben Steuererhöhungen bei der Gewerbe- und Grundsteuer B, erfordert die dramatische Haushaltssituation auch die Anpassung anderer gemeindlicher Steuern an die geänderten Rahmenbedingungen. Hierzu zählen die

- **Erhöhung der Hundesteuer zum 01.07.2010** auf die neuen Steuersätze: 156 EUR (ein Hund), 216 EUR (zwei Hunde), 252 EUR (drei Hunde).
- **Erhöhung der Vergnügungssteuer zum 01.07.2010** auf die neuen Steuersätze: 14 % (Geldspielgeräte in Spielhallen) und 12 % (Geldspielgeräte in Gaststätten).
- **Einführung einer Vergnügungssteuer zum 01.10.2010 für kommerziell genutzte Solarien** mit einem Steuersatz in Höhe von 20 EUR je Gerät im Monat.

Ingesamt erscheint die erforderliche Ertragssteigerung zur Abwendung der drohenden Überschuldung von rd. 22 Mio. EUR /Jahr durch Steuererhöhungen erreichbar. Es ist davon auszugehen, dass auch die Vergleichsstädte nicht auf entsprechende Erhöhungen der Hebe- bzw. Steuersätze verzichten können.

Übernachtungssteuer

Um die durch Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 v.H. auf 7 v.H. verbundenen Steuerausfälle abzumildern, sieht das Haushaltssicherungskonzept vor, die **Einführung einer Übernachtungssteuer für Beherbergungsunternehmen in Essen zum 01.01.2012** zu überprüfen.

In Essen werden rd. 80 Hotels, Gasthäuser und Beherbergungsunternehmen mit insgesamt 5.200 Betten betrieben. Die Zahl der Übernachtungen in Essen betrug im Jahr 2008 rd. 1,1 Millionen. Unter Berücksichtigung eines Steuersatzes von 5 v.H. auf den Übernachtungspreis von 55 EUR durchschnittlich ergibt sich ab 01.01.2012 ein **jährlicher Steuerertrag von 3.025.000 EUR**. Schuldner der Steuer wären die einzelnen Beherbergungsbetriebe in Essen.

Eine vergleichbare Abgabe wird bereits seit dem Jahr 2005 in der Stadt Weimar erhoben und der Rat der Stadt Köln hat am 23.03.2010 als erste Stadt in Nordrhein-Westfalen ebenfalls die Steuer auf Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben als „Kulturförderabgabe“ beschlossen. Geplant ist die Einführung einer derartigen Abgabe u.a. auch in den Städten Duisburg, Oberhausen und Bochum.

Nach § 77 Abs. 2 GO NRW hat die Gemeinde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel (1) soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen, (2) im Übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen. Wenn also Steuern erhöht werden, die ohne Gegenleistung erhoben werden, müssen erst recht die speziellen Entgelte, wo diese nicht kostendeckend sind, angehoben werden:

Gewässerunterhaltungsgebühr

Die Gemeinden sind nach dem Landeswassergesetz (LWG) zur Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung verpflichtet. Dies sind in Essen alle Fließgewässer, außer der Ruhr und dem Rhein-Herne-Kanal (Gewässer 1. Ordnung). Die Gewässerunterhaltung erstreckt sich auf das Gewässerbett einschließlich der Ufer. Hierzu gehören u.a.

- die Freihaltung, Reinigung und Räumung des Gewässerbettes und der Ufer von Unrat, soweit es dem Umfang nach geboten ist,
- die Erhaltung und Wiederherstellung eines angemessenen heimischen Pflanzen- und Tierbestandes und

- die Erhaltung und Verbesserung des Selbstreinigungsvermögens, soweit nicht andere dazu verpflichtet sind.

In Essen hat Grün und Gruga Essen (GGE) die Stadtwerke Essen AG mit der Durchführung dieser Aufgabe beauftragt, und zahlt hierfür jährlich ein Entgelt.

Nach den Bestimmungen des LWG kann die Gemeinde die ihr entstehenden Aufwendungen durch die Erhebung einer Gewässerunterhaltungsgebühr refinanzieren. Gebührenpflichtig wären die Anwohner im seitlichen Einzugsgebiet der Gewässer 2. Ordnung.

Da die Stadt Essen sämtliche Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen muss, kann auf die Erhebung der Gewässerunterhaltungsgebühr nicht weiter verzichtet werden. Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes ist daher die **Erhebung einer Unterhaltungsgebühr für Gewässer 2. Ordnung zum 01.01.2011** vorgesehen. Die Umlage der Aufwendungen ist im städtischen Haushalt mit Ertragssteigerungen von 500.000 EUR p.a. eingeplant.

Entgelteerhöhung Volkshochschule (VHS)

Die Volkshochschule Essen wird ab dem Studienjahr 2010/2011 ihre Teilnehmerentgelte anheben. Die Einhaltung der Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes und die Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA NW) erfordern eine **Erhöhung der Basisentgelte um 10% auf 2,20 € pro Unterrichtsstunde**.

Ein Schwerpunkt der Neuregelung wird die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit sein. Der Gestaltungsspielraum hinsichtlich von Weiterbildungsangeboten, die in Kleingruppen oder in kompakterer Zeitform organisiert sind oder die erhöhte Kosten, Personal- oder Zeitressourcen erfordern, wird nachfrageorientiert ausgeweitet und das Teilnehmerentgelt flexibel um ein Vielfaches des Basisentgelts festgesetzt.

Für Angebote der Grundbildung (Alphabetisierung, Deutsch als Zweitsprache, Schulabschlusslehrgänge, Politische Bildung) wird auch künftig ein geringerer Entgeltsatz oder Kostenbeitrag erhoben.

Die bisherigen Ermäßigungs- und Befreiungstatbestände werden reduziert. Dabei wird sicherzustellen sein, dass Menschen mit geringem Einkommen die Weiterbildungsangebote der Volkshochschule wahrnehmen können.

Die notwendige Anpassung der Entgelte führt zu Mehrerträgen von 70.000 EUR (2010), 120.000 EUR (2011), 120.000 EUR (2012) und 120.000 EUR (2013).

Entgelteerhöhung Folkwang Musikschule (FMS)

Das Haushaltssicherungskonzept sieht für die Folkwang Musikschule **ab dem Wintersemester 2010 eine sehr moderate Erhöhung der monatlichen Gebühren um 1,00 € für jedes Unterrichtsfach** vor. Neben einer Erhöhung der Gebühren für die Nutzung schuleigener Instrumente sind auch Veränderungen bei den Ermäßigungstatbeständen für „Geringverdiener und Arbeitslose“ und Familien vorgesehen. Hierbei war zu berücksichtigen, dass ein Städtevergleich zeigt, dass die großen umliegenden Musikschulen für Empfänger von Hartz IV – und Sozialhilfeleist-

ungen die Gebührenermäßigung auf 50% der Teilnehmergebühren beschränken. Die Stadt Essen hingegen ermäßigt die Unterrichtsgebühr zur Zeit auf 5,00 € pro Monat. Künftig soll für diesen Personenkreis ebenfalls die 50%-Ermäßigung gelten. Ausgenommen hiervon sind die an dem Programm „Jedem Kind ein Instrument (Jeki)“ teilnehmenden Kinder. Hier bleibt es bei der vom Land festgelegten Gebührenbefreiung.

Die Familienermäßigung für Geschwisterkinder soll in Anlehnung an die Gebührenordnung der umliegenden Städte von derzeit 25%, ansteigend um 5% für jedes weitere teilnehmende Kind auf einheitlich 20% für das 2. und jedes weitere Kind herabgesetzt werden. Des Weiteren werden die Gebühren für den Jeki-Unterricht in der Grundschule in die Gebührenordnung mit aufgenommen.

Die vorgesehene Gebührenanpassungen führen zu Mehrerträgen von 35.000 EUR (2010), 115.000 EUR (2011), 125.000 EUR (2012) und 155.000 EUR (2013).

Parkraumbewirtschaftung

Der Rat der Stadt hat im Mai 1999 das derzeit gültige Parkraumbewirtschaftungskonzept beschlossen. Mit der Ratsvorlage Nr. 0542/2010/1B ist dieses Konzept fortgeschrieben worden und wurde dem Rat der Stadt am 30.06.2010 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Leitgedanke der Parkraumbewirtschaftung ist nach wie vor, das bestehende geringe Angebot bei den Kurzzeitparkplätzen im öffentlichen Straßenraum einem möglichst großen Kreis von Nutzern für zeitlich begrenzte Einkäufe und Besorgungen zur Verfügung zu stellen (hoher Umschlag). Langzeitparker sollen auf diese Weise auf die in ausreichender Zahl vorhandenen Parkangebote in den Parkhäusern verwiesen werden.

Das Einkaufs- und Freizeitverhalten hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Insbesondere die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten hat den Druck auf die im öffentlichen Raum angebotenen Kurzzeitparkplätze deutlich erhöht. In dem Bestreben, die Bewirtschaftung stärker an den Wünschen von Bürgerinnen und Bürgern zu orientieren sowie einen angemessenen Ausgleich von Angebot und Nachfrage bei Kurzzeitparkplätzen zu erreichen, wurde die Ausweitung der Parkzonen und Bewirtschaftungszeiten sowie eine Verkürzung der Bedientakte bei gleichzeitiger moderater Erhöhung der Parkgebühren vorgenommen.

Aufgrund dieser Maßnahmen kann mit einer **Ertragsverbesserung von jährlich 1 Mio. EUR** gerechnet werden. Da für das Jahr 2010 mit einer Umsetzung erst in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen ist, wurde die Ertragssteigerung für dieses Jahr auf 250 TEUR geschätzt.

Insgesamt führt die notwendige Steigerung der Erträge zu folgenden Haushaltsentlastungen:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Erhöhung der Grundsteuer B | 15.300.000 € | 15.500.000 € | 15.900.000 € | 16.100.000 € |
| Gewerbsteuererhöhung | 5.100.000 € | 5.600.000 € | 6.700.000 € | 7.700.000 € |
| Übernachtungssteuer | 0 € | 0 € | 3.025.000 € | 3.025.000 € |
| Erhebung Unterhaltungsgebühr für Gewässer 2. Ordnung | 0 € | 500.000 € | 500.000 € | 500.000 € |
| Hundsteuererhöhung | 191.500 € | 383.000 € | 383.000 € | 383.000 € |
| Vergnügungssteuererhöhung | 400.000 € | 800.000 € | 800.000 € | 800.000 € |
| Solariensteuer | 0 € | 150.000 € | 150.000 € | 150.000 € |
| Entgelteerhöhung VHS | 70.000 € | 120.000 € | 120.000 € | 120.000 € |
| Entgelteerhöhung FMS | 35.000 € | 115.000 € | 125.000 € | 155.000 € |
| Benutzungsgebühren Parkraumbewirtschaftung | 250.000 € | 1.000.000 € | 1.000.000 € | 1.000.000 € |
| Bewirtschaftung städt. Grundstücke als Parkraum | 250.000 € | 500.000 € | 500.000 € | 500.000 € |
| Einnahmeverbesserung durch Grundstückserlöse | 500.000 € | 2.000.000 € | 2.000.000 € | 2.000.000 € |
| RWE-Aktienleihe | 250.000 € | 500.000 € | 500.000 € | 500.000 € |
| Summe der Ertragssteigerungen | 22.346.500 € | 27.168.000 € | 31.703.000 € | 32.933.000 € |

C. KONSOLIDIERUNGSPROGRAMM 2010/2011 FF.

1. HSK-MABNAHMEN

Das nachfolgend dargestellte Konsolidierungsprogramm dokumentiert die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes. Aus Gründen der Handhabbarkeit und Steuerungsrelevanz wurden – wie beim NKF-Haushalt – die mit den Maßnahmen verbundenen Haushaltsverbesserungen auf **Ebene der Teilpläne (Produktgruppen)** im Konsolidierungsprogramm dargestellt.

Die HSK-Maßnahmen beinhalten die im Entwurf des Doppelhaushaltes 2010/2011 etatisierten Aufwandsreduzierungen und Ertragssteigerungen. Nicht im Detail dargestellt werden die in den Teilplänen geplanten Verbesserungen bei den Personalaufwendungen, da diese im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gesondert gesteuert werden.

Für die Haushaltsbewirtschaftung stellen die HSK-Maßnahmen **verbindliche Vorgaben** dar, sowohl für die Fachbereiche als auch für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und die städtischen Beteiligungsunternehmen.

Es liegt in der Verantwortung der zuständigen Geschäftsbereichsvorstände, die zur Umsetzung einzelner HSK-Maßnahmen notwendigen Vorlagen frühzeitig dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorzulegen.

Neben den dargestellten Konsolidierungsmaßnahmen und den damit verbundenen Haushaltsverbesserungen ist jeder Geschäftsbereich, jeder Fachbereich und jedes Beteiligungsunternehmen gehalten, in eigener Verantwortung weitere Konsolidierungsansätze und Maßnahmen aufzuzeigen, die zu einer Verbesserung der Finanzsituation führen.

2. BÜRGERBETEILIGTE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Wie bereits dargestellt, ist die Erhaltung des Eigenkapitals für die Stadt Essen von fundamentaler Bedeutung. Es dürfen demnach auch keine Versuche unterbleiben, dieses eminent wichtige Ziel zu erreichen.

Erstmalig in der Geschichte dieser Stadt wurden die Essener Bürgerinnen und Bürger daher aktiv in die Beratung von Einsparvorschlägen eingebunden. Unter dem Motto

„Essen kriegt die Kurve“

wurden sämtliche Sparvorschläge mit Außenwirkung im Rahmen einer Internetplattform (www.essen-kriegt-die-kurve.de) zur Diskussion gestellt. In der Zeit vom 29.04. – 21.05.2010 wurde den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt die Möglichkeit gegeben sich via Internet an der Konsolidierungsdebatte zu beteiligen.

Sparen geht fast immer mit Verzicht einher – insofern werden auch einige unpopuläre Maßnahmen unterbreitet, wohl wissend, dass der Konsolidierungsweg an unpopulären Maßnah-

men nicht vorbeiführen wird. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Stadt Essen seit Januar dieses Jahres unter der besonderen Aufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf steht und die kommunale Selbstverwaltung nur erhalten kann, wenn auch dauerhaft der Erhalt des Eigenkapitals gesichert ist.

Es wurde daher allen Essener Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit gegeben sich im Internet

- über die Haushaltssituation und das Haushaltssicherungskonzept zu informieren, die ausgewählten Vorschläge zu bewerten (Pro, Contra oder Enthaltung) und zu kommentieren,
- sowie eigene Einsparvorschläge abzugeben.

Verwaltung und Politik erhoffen sich durch die bürgerbeteiligte Haushaltskonsolidierung eine rege Beteiligung an der Einspardiskussion durch die Bevölkerung.

Alle Vorschläge, Bewertungen und Anregungen wurden zeitnah ausgewertet, zusammengefasst und werden im Rahmen eines Rechenschaftsberichtes dem Rat der Stadt Essen in seiner Sitzung im Oktober 2010 zur Kenntnis vorgelegt (vgl. Drucksache-Nr. 1133/2010/2).

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 1A Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|---|-----------|----------|----------|----------|-----------|
| 0091 Verwaltungsführung GB 1A | | | | | | |
| 1.01.02.01 Verwaltungsführung GB 1A | | | | | | |
| M001 | Einsparung Sachaufwendungen | 61.244 € | 61.964 € | 62.685 € | 63.405 € | 249.298 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich sowie Reduzierung der Aufwendungen für das "Integrierte Energie- und Klimakonzept". | | | | | |
| M002 | Reduzierung des Repräsentationsbudgets für die Kulturhauptstadt 2010 | 200.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 200.000 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die Sachaufwendungen des Repräsentationsbudgets für das Kulturhauptstadjahr werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 0111 Gleichstellungsstelle | | | | | | |
| 1.01.03.01 Gleichstellung von Frau und Mann | | | | | | |
| M003 | Einsparung Sachaufwendungen | 725 € | 1.314 € | 1.903 € | 2.492 € | 6.434 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 0115 Presse- und Kommunikationsamt | | | | | | |
| 1.01.07.01 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | | | | | | |
| M004 | Einsparung bei verschiedenen Sachkonten | 18.522 € | 22.626 € | 26.730 € | 30.834 € | 98.712 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| M005 | Neustrukturierung der Presse- und Kommunikationsaufgaben | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die derzeitigen Strukturen der Presse- und Kommunikationsaufgaben sind mit dem Ziel zu überprüfen, ob sich durch Aufgabenzentralisierung entsprechende Haushaltsverbesserungen erzielen lassen. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 0116 Büro Stadtentwicklung | | | | | | |
| 1.01.02.08 Strategische Stadtentwicklung | | | | | | |
| M006 | Überprüfung der Aufgaben und Organisationsstruktur bei der strategischen Stadtentwicklung. | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die derzeitige Aufgabenstruktur ist mit dem Ziel einer Konzentration auf Kernaufgaben zu überprüfen | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 1A Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | | |
|--|---|------|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|
| 1200 Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen | | | | | | | |
| 1.02.01.01 Statistik und Wahlen | | | | | | | |
| M007 | Überprüfung der interkommunalen Zusammenarbeit in den Bereichen "Statistik" und "Stadtforschung" | | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | |
| | Beschreibung: Überprüfung der interkommunalen Zusammenarbeit in den Bereichen "Statistik" und "Stadtforschung" | | | | | | |
| <hr/> | | | | | | | |
| 1400 Rechnungsprüfungsamt | | | | | | | |
| 1.01.05.01 Rechnungsprüfung | | | | | | | |
| M008 | Sachkostenreduzierung | | 2.603 € | 3.905 € | 5.207 € | 6.509 € | 18.224 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | | |
| <hr/> | | | | | | | |
| 1500 Amt für Ratsangelegenheiten und Repräsentation | | | | | | | |
| 1.01.01.01 Politische Gremien | | | | | | | |
| M009 | Einsparung bei den Zuwendungen für die Fraktionen und Einzelvertreter | | 243.963 € | 377.557 € | 470.257 € | 562.957 € | 1.654.734 € |
| | Beschreibung: Ratsmitglieder, sachkundige Bürger und Fraktionen leisten einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Auch das Büro OB sowie der gesamte Geschäftsbereich sind aufgefordert ebenfalls einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Ein Konzept ist bis September 2010 vorzulegen. | | | | | | |
| 1.01.07.02 Repräsentation, Städtepartnerschaften | | | | | | | |
| M010 | Sachkostenkürzung | | 0 € | 6.500 € | 6.500 € | 6.500 € | 19.500 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | | |
| M167 | Bewirtschaftung des Rathauses | | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| | Beschreibung: Die Bewirtschaftung der 22. Etage des Rathauses soll geprüft werden. Darüberhinaus soll die Bewirtschaftung der Kantine und des Ratstraktes aus einer Hand erfolgen. Hierzu ist ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. | | | | | | |
| <hr/> | | | | | | | |
| 3000 Rechtsamt | | | | | | | |
| 1.01.11.01 Recht | | | | | | | |
| M011 | Einsparung bei den Aufwendungen für die Verwaltungsbücherei | | 8.000 € | 10.000 € | 10.000 € | 10.000 € | 38.000 € |
| | Beschreibung: Kündigung verschiedener Ergänzungslieferungen, Zeitschriften zur Rechtsprechung u.ä. | | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 1A Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|--|---|-----------|-----------|-----------|-----------|
| 3000 Rechtsamt | | | | | |
| 1.01.11.01 Recht | | | | | |
| M012 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und den sonstigen ordentlichen Aufwendungen Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| | 58.000 € | 53.000 € | 53.000 € | 53.000 € | 217.000 € |
| M013 | Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung "Rentenberatung" (Versicherungsamt) Beschreibung: Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung "Rentenberatung" (Versicherungsamt) | | | | |
| | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| 1.05.08.01 Betreuungsleistungen | | | | | |
| M014 | Einsparungen bei den Transferaufwendungen Beschreibung: Reduzierung der Transferaufwendungen | | | | |
| | 11.066 € | 0 € | 0 € | 0 € | 11.066 € |
| 3300 Einwohneramt | | | | | |
| 1.02.02.07 Ausländerangelegenheiten | | | | | |
| M015 | Reduzierung der Sachausgaben Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| | 55.300 € | 81.400 € | 81.400 € | 81.400 € | 299.500 € |
| 1.02.02.08 Personenstandswesen | | | | | |
| M016 | Reduzierung der Sachausgaben Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| | 2.900 € | 4.200 € | 4.200 € | 4.200 € | 15.500 € |
| 1.02.02.09 KFZ-Zulassungsangelegenheiten | | | | | |
| M017 | Reduzierung der Sachausgaben Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| | 127.000 € | 186.952 € | 186.952 € | 186.952 € | 687.856 € |
| 1.10.02.02 Verwaltung und Sicherung des Wohnbestandes | | | | | |
| M018 | Reduzierung der Sachausgaben Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| | 4.800 € | 7.000 € | 7.000 € | 7.000 € | 25.800 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 1A Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|--|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 9103 Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH | | | | | | |
| 1.15.01.01 Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH | | | | | | |
| M019 | Reduzierung des Verlustausgleichs | 653.804 € | 923.608 € | 1.093.412 € | 1.163.216 € | 3.834.040 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 9104 Essen Marketing GmbH | | | | | | |
| 1.15.03.01 Essener Marketing GmbH | | | | | | |
| M020 | Reduzierung des Verlustausgleichs | 60.000 € | 120.000 € | 180.000 € | 180.000 € | 540.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| Konsolidierungsbeitrag des Geschäftsbereiches 1A (gesamt): | | 1.507.927 € | 1.860.026 € | 2.189.246 € | 2.358.465 € | 7.915.664 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 1B Geschäftsbereich Personal, Organisation, öffentliche Ordnung, Feuerwehr und Sport | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|--|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|
| 0092 Verwaltungsführung GB 1B | | | | | | |
| 1.01.02.02 Verwaltungsführung GB 1B | | | | | | |
| M021 | Reduzierung der beeinflussbaren Sachkosten | 3.100 € | 4.000 € | 4.800 € | 5.550 € | 17.450 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 0105 Arbeitssicherheit Essen (ASE) | | | | | | |
| 1.01.08.04 Arbeitssicherheit Essen | | | | | | |
| M022 | Reduzierung der beeinflussbaren Sachkosten | 2.750 € | 3.500 € | 4.200 € | 4.900 € | 15.350 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 0106 ImPuls - Betriebliche Beratungsstelle der Stadt Essen | | | | | | |
| 1.01.08.05 Betriebliche Beratungsstelle | | | | | | |
| M023 | Reduzierung der beeinflussbaren Sachkosten | 1.550 € | 2.000 € | 2.400 € | 2.750 € | 8.700 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 1000 Organisation und Personalwirtschaft | | | | | | |
| 1.01.08.01 Organisation und Personalwirtschaft | | | | | | |
| M024 | Sachkostenreduzierung | 32.300 € | 41.300 € | 48.900 € | 57.300 € | 179.800 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 1100 Amt für Zentralen Service | | | | | | |
| 1.01.06.01 Zentraler Service | | | | | | |
| M025 | Senkung der Aufwendungen für Gebäudereinigung | 175.000 € | 240.000 € | 305.000 € | 370.000 € | 1.090.000 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Preisreduzierung durch langfristige Umstellung des Tarifvertrages der RGE | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 3200 Ordnungsamt | | | | | | |
| 1.02.02.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung | | | | | | |
| M026 | Reduzierung des Aufwandes für öffentlich-rechtliche Bestattungen | 125.000 € | 100.000 € | 100.000 € | 100.000 € | 425.000 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Reduzierung der Aufwendungen für öffentlich-rechtliche Bestattungen durch geringere Friedhofsgebühren | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 1B Geschäftsbereich Personal, Organisation, öffentliche Ordnung, Feuerwehr und Sport | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|--|--|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 3200 Ordnungsamt | | | | | | |
| 1.02.02.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung | | | | | | |
| M027 | Reduzierung des Aufwandes für Ersatzvornahmen | 57.500 € | 57.500 € | 57.500 € | 57.500 € | 230.000 € |
| | Beschreibung: Aufwandsreduzierung durch Neuausschreibung der Dienstleistungsverträge für Abschleppunternehmen | | | | | |
| 1.02.02.02 Verkehrsüberwachung | | | | | | |
| M028 | Digitalisierung und Wartung der mobilen Radaranlagen | 15.000 € | 15.000 € | 15.000 € | 15.000 € | 60.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Unterhaltungsaufwandes durch weitestgehende Umrüstung der mobilen Radaranlagen auf Digitaltechnik | | | | | |
| M029 | Reduzierung des Aufwandes für den Ankauf von Nassfilmen und deren Entwicklung | 10.000 € | 10.000 € | 10.000 € | 10.000 € | 40.000 € |
| | Beschreibung: Aufwandsreduzierung durch sukzessive Umstellung der Radarüberwachung von Analog- auf Digitaltechnik | | | | | |
| M030 | Reduzierung des Aufwandes für Personalgestellung durch die EVAG im Bereich der Verkehrsüberwachung | 41.000 € | 123.000 € | 164.000 € | 246.000 € | 574.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Aufwandes für Personalgestellung durch die EVAG. Der Konsolidierungsbeitrag ist im Zusammenhng mit M036 zu realisieren. | | | | | |
| 1.12.06.01 Parkeinrichtungen | | | | | | |
| M031 | Reduzierung des Aufwandes für die Unterhaltung und Wartung der Parkscheinautomaten | 31.500 € | 44.500 € | 67.500 € | 57.500 € | 201.000 € |
| | Beschreibung: Für die Reparaturen und Wartungen von Parkscheinautomaten bestehen entsprechende Verträge mit Fremdfirmen. Der derzeitige Planansatz berücksichtigt bereits teilweise Planungsabsichten des FB 61 im Bereich des Bewohnerparkens. Die zusätzliche Aufstellung von Automaten ist derzeit aber nicht absehbar. Sofern es darüber hinaus zu einer Ausweitung der Nutzungszeiten kommen sollte, ist zu beachten, dass der Wartungsaufwand zunehmen kann (siehe HKS Maßnahmen Gebührenerhöhung). | | | | | |
| M032 | Einnahmesteigerung bei den Parkgebühren | 250.000 € | 1.000.000 € | 1.000.000 € | 1.000.000 € | 3.250.000 € |
| | Beschreibung: Modifizierung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes u.a. durch Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftungszeiten und Erhöhung der Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet. Zusammen mit den Bezirksvertretungen werden Parkzonen im Parkraumbewirtschaftungskonzept überprüft. | | | | | |
| 3700 Feuerwehr | | | | | | |
| 1.02.06.01 Gefahrenabwehr | | | | | | |
| M033 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 1.328.000 € | 1.696.000 € | 2.000.500 € | 2.351.000 € | 7.375.500 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 1B Geschäftsbereich Personal, Organisation, öffentliche Ordnung, Feuerwehr und Sport | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|--|--|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|----------------------|
| 9201 Sport- und Bäderbetriebe Essen | | | | | | |
| 1.08.02.01 Sport- und Bäderbetriebe Essen (SBE) | | | | | | |
| M034 | Reduzierung des Verlustausgleichs | 325.900 € | 490.360 € | 973.040 € | 1.205.720 € | 2.995.020 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 9204 Essener Systemhaus | | | | | | |
| 1.01.10.01 Essener Systemhaus (ESH) | | | | | | |
| M035 | Reduzierung der Aufwendungen für IT | 424.280 € | 575.000 € | 625.000 € | 925.000 € | 2.549.280 € |
| | Beschreibung: Die Kooperationen zwischen ESH und dem Konzern Stadt sind weiterzuentwickeln. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 9301 Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH | | | | | | |
| 1.15.02.02 Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH | | | | | | |
| M036 | Erhöhung der Gewinnausschüttung | 20.000.000 € | 21.000.000 € | 26.000.000 € | 27.000.000 € | 94.000.000 € |
| | Beschreibung: Die EVV hat unter Berücksichtigung der Entwicklung der RWE-Dividende einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Die EVV erarbeitet und unterbreitet dem Rat als Gesellschafter ein über die Einsparvorgabe des OB hinaus gehendes eigenes Konsolidierungskonzept, das auch die Optimierung von Anzahl und Struktur von Gesellschaften zum Inhalt hat. | | | | | |
| M172 | Personalkonzept der Beteiligungsunternehmen | 0 € | 2.100.000 € | 2.600.000 € | 3.400.000 € | 8.100.000 € |
| | Beschreibung: Alle Beteiligungsunternehmen haben ihren Personalaufwand zu überprüfen und reduzieren. | | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| Konsolidierungsbeitrag des Geschäftsbereiches 1B (gesamt): | | 22.822.880 € | 27.502.160 € | 33.977.840 € | 36.808.220 € | 121.111.100 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 2 Geschäftsbereich Finanzen | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|---|---|--------------|--------------|--------------|--------------|
| 0093 Verwaltungsführung GB 2 | | | | | | |
| 1.01.02.03 Verwaltungsführung GB 2 | | | | | | |
| M037 | Reduzierung der Beratungsleistungen | 181.168 € | 278.194 € | 278.194 € | 278.194 € | 1.015.750 € |
| | Beschreibung: | Die Unterstützung der Verwaltung i.R. der Haushaltskonsolidierung durch externe Unternehmensberater wird auf ein Minimum zurückgeführt. | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 0202 Beteiligungsmanagement | | | | | | |
| 1.01.09.02 Beteiligungsmanagement | | | | | | |
| M038 | Einsparung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 195 € | 892 € | 2.207 € | 3.437 € | 6.731 € |
| | Beschreibung: | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 0203 Strategische Immobiliensteuerung | | | | | | |
| 1.01.13.02 Strategische Immobiliensteuerung | | | | | | |
| M039 | Auflösung des Dienstreiseansatzes | 383 € | 383 € | 383 € | 383 € | 1.532 € |
| | Beschreibung: | Im Fachbereich werden keine Dienstreisen mehr durchgeführt. | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 2000 Stadtkämmerei | | | | | | |
| 1.01.09.01 Finanzmanagement | | | | | | |
| M040 | Einsparungen bei den Geschäftsaufwendungen auf den unabweisbaren Bedarf | 5.953 € | 6.528 € | 6.728 € | 6.828 € | 26.037 € |
| | Beschreibung: | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| <hr/> | | | | | | |
| 1.16.01.01 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen | | | | | | |
| M041 | Anhebung der Gewerbesteuer | 5.100.000 € | 5.600.000 € | 6.700.000 € | 7.700.000 € | 25.100.000 € |
| | Beschreibung: | Der Gewerbesteuerhebesatz wird von 470 v. H. auf 480 v. H. erhöht. Essen positioniert sich damit als Wirtschaftsstandort zwischen Düsseldorf und Dortmund. Für 2012 erfolgt eine erneute Überprüfung, um ggf. den Gewerbesteuerhebesatz anzupassen. | | | | |
| M042 | Anhebung der Grundsteuer B | 15.300.000 € | 15.500.000 € | 15.900.000 € | 16.100.000 € | 62.800.000 € |
| | Beschreibung: | Der Steuersatzes für die Grundsteuer B von 510 v. H. auf 590 v. H. erhöht und bleibt damit in der Gruppe der westdeutschen Großstädte auf relativ niedrigem Niveau. Die Grundsteuer ist die "verlässlichste" Abgabe. | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|--|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|----------------------|
| 2 Geschäftsbereich Finanzen | | | | | |
| 2000 Stadtkämmerei | | | | | |
| 1.16.01.01 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen | | | | | |
| M043 Anhebung der Hundesteuer | 191.500 € | 383.000 € | 383.000 € | 383.000 € | 1.340.500 € |
| Beschreibung: Die Hundesteuer wird zum 01.07.2010 auf folgende Sätze erhöht: Für den 1. Hund auf 156 €, bei zwei Hunden auf 216 € und ab dem dritten Hund auf 252 € je Hund. Dadurch erwartet die Stadt Mehreinnahmen in 2010 i.H.v. rd. 191T €, von 2011 bis 2013 pro Jahr rd. 383T €. | | | | | |
| M044 Einführung einer Übernachtungsabgabe für Beherbergungsunternehmen | 0 € | 0 € | 3.025.000 € | 3.025.000 € | 6.050.000 € |
| Beschreibung: Eine Überprüfung zur Einführung einer Übernachtungssteuer in Höhe von 5 v. H. je Übernachtung in einem Beherbergungsunternehmen erfolgt für 2012. | | | | | |
| M045 Erhöhung der Vergnügungssteuer | 400.000 € | 800.000 € | 800.000 € | 800.000 € | 2.800.000 € |
| Beschreibung: Der Vergnügungssteuersatz für Geldspielgeräte in Spielhallen und Gaststätten wird ab dem 01.07.2010 wie folgt erhöht: 14% für Geldspielgeräte in Spielhallen, 12% für Geldspielgeräte in Gaststätten. | | | | | |
| M168 Einführung einer Abgabe für kommerziell genutzte Sonnenbänke | 0 € | 150.000 € | 150.000 € | 150.000 € | 450.000 € |
| Beschreibung: Kommerziell genutzte Sonnenbänke werden mit einer Abgabe belegt. | | | | | |
| 1.16.02.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | | | | | |
| M046 Reduzierung der Beratungskosten | 24.334 € | 24.597 € | 24.597 € | 24.597 € | 98.125 € |
| Beschreibung: Die Beratungskosten für das US-Lease (Messe Essen GmbH, EVAG) werden auf jährlich 120.000 € begrenzt. | | | | | |
| 2100 Finanzbuchhaltung und Stadtsteueramt | | | | | |
| 1.01.09.04 Abgaben (Steuern, Gebühren) | | | | | |
| M047 Reduzierung des Aufwandes für "Prozesszinsen" | 98.000 € | 98.000 € | 98.000 € | 98.000 € | 392.000 € |
| Beschreibung: Da keine strittigen Gerichtsfälle anhängig sind werden keine Erstattungsbeiträge nach § 236 Abgabenordnung (AO) anfallen. | | | | | |
| M048 Erhebung einer Gewässerunterhaltungsgebühr | 0 € | 500.000 € | 500.000 € | 500.000 € | 1.500.000 € |
| Beschreibung: Erhebung einer Gewässerunterhaltungsgebühr für Gewässer 2. Ordnung nach dem Landeswassergesetz (LWG) | | | | | |
| Konsolidierungsbeitrag des Geschäftsbereiches 2 (gesamt): | 21.301.533 € | 23.341.594 € | 27.868.109 € | 29.069.439 € | 101.580.675 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| 4 Geschäftsbereich Kultur und Integration | | | | | |
| 0513 Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA / Büro für interkulturelle Arbeit) | | | | | |
| 1.01.01.02 Interkulturelle Arbeit | | | | | |
| M049 Einsparung bei den Sachkosten | 862 € | 1.281 € | 1.346 € | 1.456 € | 4.945 € |
| Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| M050 Budgetkürzung für interkulturelle Maßnahmen | 143.405 € | 113.054 € | 123.957 € | 142.171 € | 522.587 € |
| Beschreibung: Das Interkulturelle Konzept bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik. Vor diesem Hintergrund wird das Gesamtbudget des IKK ab 2011 bis 2013 auf 1,3 Mio. € gedeckelt. | | | | | |
| 0514 Hauptstelle RAA (Landesagentur) | | | | | |
| 1.01.01.03 Hauptstelle RAA | | | | | |
| M051 Verbesserung der Erstattungen durch das Land und Sachkostenreduzierung | 9.407 € | 13.974 € | 14.688 € | 15.883 € | 53.952 € |
| Beschreibung: Verhandlungen mit dem Land mit dem Ziel einer vollen Kostenerstattung sowie restriktiver Einsatz von zur Zeit nicht erstattungsfähigen Verwaltungsgemeinkosten. | | | | | |
| 4100 Kulturbüro | | | | | |
| 1.04.10.01 Kulturplanung, -entwicklung und -förderung | | | | | |
| M052 Analyse der städtischen Kulturförderung | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| Beschreibung: Der Bereich "Kulturförderung" ist tiefergehend zu analysieren. | | | | | |
| 4300 Volkshochschule | | | | | |
| 1.04.07.01 Volkshochschule | | | | | |
| M053 Ausbau der Drittmittelakquise | 0 € | 170.000 € | 272.000 € | 340.000 € | 782.000 € |
| Beschreibung: Durch den kurzfristigen Ausbau der Drittmittelakquise sind Einnahmesteigerungen zu erzielen. | | | | | |
| M054 Entgelterhöhung | 70.000 € | 120.000 € | 120.000 € | 120.000 € | 430.000 € |
| Beschreibung: Erhöhung der Teilnehmerentgelte ab 2010 und Reduzierung der Befreiungstatbestände | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 4 Geschäftsbereich Kultur und Integration | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|---|---|--------------------|--------------------|--------------------|---------------------|
| 4400 Folkwang Musikschule | | | | | |
| 1.04.06.01 Folkwang Musikschule | | | | | |
| M055 | Reduzierung des Sachaufwandes beim JeKi-Angebot (Jedem Kind ein Musikinstrument) durch Ersatz der Leistungen privater Musikschulen durch freie Mitarbeiter der Folkwang Musikschule | | | | |
| | 50.000 € | 114.000 € | 132.000 € | 152.000 € | 448.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Sachaufwandes beim JeKi-Angebot durch Ersatz der Leistungen privater Musikschulen durch freie Mitarbeiter der FMS | | | | |
| M056 | Erhöhung der Teilnehmergebühren, Reduzierung von Gebührenermäßigungen | | | | |
| | 35.000 € | 115.000 € | 125.000 € | 155.000 € | 430.000 € |
| | Beschreibung: Erhöhung der Teilnehmergebühren, Reduzierung von Gebührenermäßigungen ab dem Wintersemester 2010 | | | | |
| 9505 Theater und Philharmonie Essen GmbH | | | | | |
| 1.04.04.01 Theater und Philharmonie Essen GmbH (TUP) | | | | | |
| M057 | Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | |
| | 982.000 € | 859.160 € | 2.618.240 € | 4.377.320 € | 8.836.720 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | |
| 9506 Gemeinnützige Theater-Baugesellschaft Essen mbH | | | | | |
| 1.04.04.02 Gemeinnützige Theater-Baugesellschaft mbH (TBE) | | | | | |
| M058 | Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | |
| | 489.000 € | 401.000 € | 242.000 € | 242.000 € | 1.374.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | |
| 9507 Ruhr2010 Kulturhauptstadt GmbH | | | | | |
| 1.04.10.05 Ruhr 2010 - Kulturhauptstadt Europas GmbH | | | | | |
| M059 | Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | |
| | 0 € | 0 € | 300.000 € | 300.000 € | 600.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | |
| Konsolidierungsbeitrag des Geschäftsbereiches 4 (gesamt): | | | | | |
| | 1.779.674 € | 1.907.469 € | 3.949.231 € | 5.845.830 € | 13.482.204 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|---|-----------|----------|----------|----------|-------------|
| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | | | | | |
| 0096 Verwaltungsführung GB 5 | | | | | |
| 1.01.02.05 Verwaltungsführung GB 5 | | | | | |
| M060 Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstige ordentliche Aufwendungen Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | 5.900 € | 8.759 € | 9.207 € | 9.956 € | 33.822 € |
| 0107 Koordinierungsstelle JobCenter Essen | | | | | |
| 1.01.08.06 Koordinierungsstelle JobCenter Essen | | | | | |
| M061 Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | 4.977 € | 7.393 € | 7.771 € | 8.403 € | 28.544 € |
| 4000 Schulverwaltungsamt, Schulamt für die Stadt Essen | | | | | |
| 1.03.01.01 Grundschulen | | | | | |
| M062 Beteiligung der Schulen an der Unterschreitung des Schulträgeranteils im Rahmen der Lernmittelfreiheit und Reduzierung im Sachkostenbereich Beschreibung: Es handelt sich um zwei zusammengefasste Maßnahmen: 1. Die Schulen werden an den durch wirtschaftliche Verwendung der Finanzmittel für Lernmittel erzielten Einsparungen mit 60 % beteiligt; die Beteiligungsquote soll nunmehr von 60 % auf 30 % reduziert werden. 2. Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich der Schulen um linear 10 %. | 42.350 € | 67.700 € | 67.700 € | 67.700 € | 245.450 € |
| M063 Betreuung Schulnetze (Grundschulen) Beschreibung: Der Sachaufwand für die IT-Dienstleistungen, die das 'Essener Systemhaus' für die Schulen erbringt, soll hinsichtlich der Höhe begrenzt werden. | 12.096 € | 19.434 € | 19.434 € | 19.434 € | 70.398 € |
| M064 Reduzierung der Schulausstattung Beschreibung: Kürzung der Schulausstattungsinvestitionen für Schulen aller Schulformen in gleicher Höhe. | 868.709 € | 84.709 € | 33.300 € | 33.300 € | 1.020.018 € |
| M065 Reduzierung der Schulmilch auf Milch ohne Geschmacksanreicherung Beschreibung: Im Rahmen der Ausgabe der "Sozialmilch" haben die betroffenen Schüler und Schülerinnen z. Zt. die Wahlmöglichkeit zwischen naturbelassener Milch oder Milch mit Schoko-, Erdbeer- oder Vanillegeschmack. Aus ernährungswissenschaftlichen und medizinischen Gesichtspunkten ist "reine" Milch, ohne Zucker und Aromen, die beste Darreichungsform dieses Naturproduktes. Im Einvernehmen mit dem Gesundheitsamt beabsichtigt das Schulverwaltungsamt im Rahmen des gültigen Schulausschuss - Beschlusses mit Wirkung vom 01.08.2010 als "Sozialmilch" nur noch naturbelassene Milch auszugeben. | 33.600 € | 49.830 € | 49.830 € | 49.830 € | 183.090 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|
| 4000 Schulverwaltungsamt, Schulamt für die Stadt Essen | | | | | | |
| 1.03.01.01 Grundschulen | | | | | | |
| M066 | Schulmöbeltransporte / Umräumungskosten | 0 € | 5.760 € | 5.760 € | 5.760 € | 17.280 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Aufwandreduzierung durch Prüfung der Möglichkeit, ob die Dienstleistungen ganz oder teilweise künftig durch die EABG erbracht werden können. | | | | | |
| M067 | Reduzierung des städtischen Zuschusses an die Jugendhilfe Essen gGmbH | 50.000 € | 34.974 € | 0 € | 0 € | 84.974 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Reduzierung des städtischen Zuschusses an die Jugendhilfe Essen gGmbH für Aufgaben im Rahmen der 'Offenen Ganztagschule' (OGS) : Qualitative Änderungen werden nicht vorgenommen, jedoch werden insb. durch schulorganisatorische Maßnahmen weniger Gruppen als bisher geplant benötigt (die OGS-Detailplanung wurde mit den Schulen und insbesondere der Schulentwicklungsplanung abgesprochen). | | | | | |
| M068 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 16.936 € | 16.936 € | 16.936 € | 16.936 € | 67.743 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| 1.03.02.01 Hauptschulen | | | | | | |
| M069 | Beteiligung der Schulen an der Unterschreitung des Schulträgeranteils im Rahmen der Lernmittelfreiheit und Reduzierung im Sachkostenbereich | 16.370 € | 20.840 € | 20.840 € | 20.840 € | 78.890 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Es handelt sich um zwei zusammengefasste Maßnahmen: 1. Die Schulen werden an den durch wirtschaftliche Verwendung der Finanzmittel für Lernmittel erzielten Einsparungen mit 60 % beteiligt; die Beteiligungsquote soll nunmehr von 60 % auf 30 % reduziert werden. 2. Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich der Schulen um linear 10 %. | | | | | |
| M070 | Betreuung Schulnetze (Hauptschulen) | 7.258 € | 11.660 € | 11.660 € | 11.660 € | 42.238 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Der Sachaufwand für die IT-Dienstleistungen, die das 'Essener Systemhaus' für die Schulen erbringt, soll hinsichtlich der Höhe begrenzt werden. | | | | | |
| M071 | Reduzierung der Schulausstattung | 281.800 € | 389.300 € | 324.300 € | 324.300 € | 1.319.700 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Kürzung der Schulausstattungsinvestitionen für Schulen aller Schulformen in gleicher Höhe. | | | | | |
| M072 | Verpflegungskosten an den gebundenen Ganztagschulen | 250 € | 600 € | 600 € | 600 € | 2.050 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Essen werden auch diejenigen Essen, die Schüler und Schülerinnen an den gebundenen Ganztagschulen einnehmen und deren Erziehungsberechtigte nicht unter die Sozialregelung des Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" fallen, gegenwärtig noch mit 0,50 € je Portion bezuschusst. Dieser städtische Zuschuss entfällt mit Wirkung vom 01.08.2010. | | | | | |
| M073 | Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel | 10.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 10.000 € |
| | Beschreibung: | | | | | |
| | Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel in 2010, da geringere Schülerzahlen erwartet werden. | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| 4000 Schulverwaltungsamt, Schulamt für die Stadt Essen | | | | | | |
| 1.03.02.01 Hauptschulen | | | | | | |
| M074 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 1.586 € | 1.586 € | 1.586 € | 1.586 € | 6.343 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| 1.03.03.01 Realschulen | | | | | | |
| M075 | Beteiligung der Schulen an der Unterschreitung des Schulträgeranteils im Rahmen der Lernmittelfreiheit und Reduzierung im Sachkostenbereich | 22.540 € | 28.180 € | 28.180 € | 28.180 € | 107.080 € |
| | Beschreibung: Es handelt sich um zwei zusammengefasste Maßnahmen: 1. Die Schulen werden an den durch wirtschaftliche Verwendung der Finanzmittel erzielten Einsparungen mit 60 % beteiligt; die Beteiligungsquote soll nunmehr von 60 % auf 30 % reduziert werden. 2. Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich der Schulen um linear 10 %. | | | | | |
| M076 | Betreuung Schulnetze (Realschulen) | 11.290 € | 18.138 € | 18.138 € | 18.138 € | 65.704 € |
| | Beschreibung: Der Sachaufwand für die IT-Dienstleistungen, die das 'Essener Systemhaus' für die Schulen erbringt, soll hinsichtlich der Höhe begrenzt werden. | | | | | |
| M077 | Reduzierung der Schulausstattung | 394.100 € | 159.391 € | 165.100 € | 165.100 € | 883.691 € |
| | Beschreibung: Kürzung der Schulausstattungsinvestitionen für Schulen aller Schulformen in gleicher Höhe. | | | | | |
| M078 | Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel | 10.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 10.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel in 2010, da geringere Schülerzahlen erwartet werden. | | | | | |
| M079 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 1.808 € | 1.808 € | 1.808 € | 1.808 € | 7.231 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| 1.03.04.01 Gymnasien | | | | | | |
| M080 | Beteiligung der Schulen an der Unterschreitung des Schulträgeranteils im Rahmen der Lernmittelfreiheit und Reduzierung im Sachkostenbereich | 39.700 € | 60.350 € | 60.350 € | 60.350 € | 220.750 € |
| | Beschreibung: Es handelt sich um zwei zusammengefasste Maßnahmen: 1. Die Schulen werden an den durch wirtschaftliche Verwendung der Finanzmittel erzielten Einsparungen mit 60 % beteiligt; die Beteiligungsquote soll nunmehr von 60 % auf 30 % reduziert werden. 2. Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich der Schulen um linear 10 %. | | | | | |
| M081 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 450 € | 900 € | 900 € | 900 € | 3.150 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|--|--|----------|-----------|-----------|-----------|
| 4000 Schulverwaltungsamt, Schulamt für die Stadt Essen | | | | | | |
| 1.03.04.01 Gymnasien | | | | | | |
| M082 | Betreuung Schulnetze (Gymnasien) | 17.741 € | 28.503 € | 28.503 € | 28.503 € | 103.250 € |
| | Beschreibung: | Der Sachaufwand für die IT-Dienstleistungen, die das 'Essener Systemhaus' (städtischer Eigenbetrieb) für die Schulen erbringt, soll hinsichtlich der Höhe begrenzt werden. | | | | |
| M083 | Reduzierung der Schulausstattung | -181.600 € | 66.100 € | 191.600 € | 191.600 € | 267.700 € |
| | Beschreibung: | Kürzung der Schulausstattungsinvestitionen für Schulen aller Schulformen in gleicher Höhe. Die Reduzierung der Gesamtmittel für Investitionen machte es erforderlich, die Maßnahmen neu zu planen. Der Mehrbedarf bei den Gymnasien in 2010 wird durch Minderbedarfe bei anderen Schulformen ausgeglichen. | | | | |
| M084 | Reduzierung der Schulausstattung (hier: Ruhrkolleg) | 13.100 € | 13.300 € | 13.300 € | 13.300 € | 53.000 € |
| | Beschreibung: | Kürzung der Schulausstattungsinvestitionen für Schulen aller Schulformen in gleicher Höhe (hier: Ruhrkolleg). | | | | |
| M085 | Verpflegungskosten an den gebundenen Ganztagschulen | 667 € | 1.600 € | 1.600 € | 1.600 € | 5.467 € |
| | Beschreibung: | Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Essen werden auch diejenigen Essen, die Schüler und Schülerinnen an den gebundenen Ganztagschulen einnehmen und deren Erziehungsberechtigte nicht unter die Sozialregelung des Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" fallen, gegenwärtig noch mit 0,50 € je Portion bezuschusst. Dieser städtische Zuschuss entfällt mit Wirkung vom 01.08.2010. | | | | |
| M086 | Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel | 10.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 10.000 € |
| | Beschreibung: | Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel in 2010, da geringere Schülerzahlen erwartet werden. | | | | |
| M087 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 5.764 € | 5.764 € | 5.764 € | 5.764 € | 23.058 € |
| | Beschreibung: | Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt (hier einschließlich Ruhrkolleg). | | | | |
| 1.03.05.01 Gesamtschulen | | | | | | |
| M088 | Beteiligung der Schulen an der Unterschreitung des Schulträgeranteils i.R.d. Lernmittelfreiheit und Reduzierung im Sachkostenbereich | 36.275 € | 63.250 € | 63.250 € | 63.250 € | 226.025 € |
| | Beschreibung: | Es handelt sich um zwei zusammengefasste Maßnahmen: 1. Die Schulen werden an den durch wirtschaftliche Verwendung der Finanzmittel erzielten Einsparungen mit 60 % beteiligt; die Beteiligungsquote soll nunmehr von 60 % auf 30 % reduziert werden. 2. Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich der Schulen um linear 10 %. | | | | |
| M089 | Betreuung Schulnetze (Gesamtschulen) | 5.645 € | 9.069 € | 9.069 € | 9.069 € | 32.852 € |
| | Beschreibung: | Der Sachaufwand für die IT-Dienstleistungen, die das 'Essener Systemhaus' für die Schulen erbringt, soll hinsichtlich der Höhe begrenzt werden. | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|---|------------|-----------|-----------|-----------|-------------|
| 4000 Schulverwaltungsamt, Schulamt für die Stadt Essen | | | | | | |
| 1.03.05.01 Gesamtschulen | | | | | | |
| M090 | Reduzierung der Schulausstattung | -118.700 € | 259.600 € | 235.100 € | 235.100 € | 611.100 € |
| | Beschreibung: Kürzung der Schulausstattungsinvestitionen für Schulen aller Schulformen in gleicher Höhe. Die Reduzierung der Gesamtmittel für Investitionen machte es erforderlich, die Maßnahmen neu zu planen. Der Mehrbedarf bei den Gesamtschulen in 2010 wird durch Minderbedarfe bei anderen Schulformen ausgeglichen. | | | | | |
| M091 | Verpflegungskosten an den gebundenen Ganztagschulen | 3.333 € | 8.000 € | 8.000 € | 8.000 € | 27.333 € |
| | Beschreibung: Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Essen werden auch diejenigen Essen, die Schüler und Schülerinnen an den gebundenen Ganztagschulen einnehmen und deren Erziehungsberechtigte nicht unter die Sozialregelung des Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" fallen, gegenwärtig noch mit 0,50 € je Portion bezuschusst. Dieser städtische Zuschuss entfällt mit Wirkung vom 01.08.2010. | | | | | |
| M092 | Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel | 10.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 10.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel in 2010, da geringere Schülerzahlen erwartet werden. | | | | | |
| M093 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 2.973 € | 2.973 € | 2.973 € | 2.973 € | 11.893 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| 1.03.06.01 Förderschulen | | | | | | |
| M094 | Beteiligung der Schulen an der Unterschreitung des Schulträgeranteils i.R.d. Lernmittelfreiheit und Reduzierung im Sachkostenbereich | 12.514 € | 22.947 € | 22.947 € | 22.947 € | 81.355 € |
| | Beschreibung: Es handelt sich um zwei zusammengefasste Maßnahmen: 1. Die Schulen werden an den durch wirtschaftliche Verwendung der Finanzmittel erzielten Einsparungen mit 60 % beteiligt; die Beteiligungsquote soll nunmehr von 60 % auf 30 % reduziert werden. 2. Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich der Schulen um linear 10 %. | | | | | |
| M095 | Betreuung Schulnetze (Förderschulen) | 5.645 € | 9.069 € | 9.069 € | 9.069 € | 32.852 € |
| | Beschreibung: Der Sachaufwand für die IT-Dienstleistungen, die das 'Essener Systemhaus' für die Schulen erbringt, soll hinsichtlich der Höhe begrenzt werden. | | | | | |
| M096 | Reduzierung der Schulausstattung | -7.900 € | 450.700 € | 397.700 € | 397.700 € | 1.238.200 € |
| | Beschreibung: Kürzung der Schulausstattungsinvestitionen für Schulen aller Schulformen in gleicher Höhe. Die Reduzierung der Gesamtmittel für Investitionen machte es erforderlich, die Maßnahmen neu zu planen. Der Mehrbedarf bei den Förderschulen in 2010 wird durch Minderbedarfe bei anderen Schulformen ausgeglichen. | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|
| 4000 Schulverwaltungsamt, Schulamt für die Stadt Essen | | | | | | |
| 1.03.06.01 Förderschulen | | | | | | |
| M097 | Verpflegungskosten an den gebundenen Ganztagschulen | 1.167 € | 2.800 € | 2.800 € | 2.800 € | 9.567 € |
| | Beschreibung: Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Essen werden auch diejenigen Essen, die Schüler und Schülerinnen an den gebundenen Ganztagschulen einnehmen und deren Erziehungsberechtigte nicht unter die Sozialregelung des Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" fallen, gegenwärtig noch mit 0,50 € je Portion bezuschusst. Dieser städtische Zuschuss entfällt mit Wirkung vom 01.08.2010. | | | | | |
| M098 | Reduzierung auswärtiger Unterbringungen | 73.610 € | 12.249 € | 12.249 € | 12.249 € | 110.357 € |
| | Beschreibung: Durch die Errichtung und den Ausbau der Nelli-Neumann-Schule sowie Kooperationen mit außerschulischen Partnern soll die überörtliche (auswärtige) Unterbringung reduziert bzw. vermieden werden. In 2010 sind aktuell keine Fälle absehbar. | | | | | |
| M099 | Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel | 10.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 10.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Aufwendungen für Lernmittel in 2010, da geringere Schülerzahlen erwartet werden. | | | | | |
| M100 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 2.117 € | 2.117 € | 2.117 € | 2.117 € | 8.468 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| 1.03.07.01 Berufskollegs | | | | | | |
| M101 | Beteiligung der Schulen an der Unterschreitung des Schulträgeranteils i.R.d. Lernmittelfreiheit und Reduzierung im Sachkostenbereich | 80.970 € | 93.640 € | 93.640 € | 93.640 € | 361.890 € |
| | Beschreibung: Es handelt sich um zwei zusammengefasste Maßnahmen: 1. Die Schulen werden an den durch wirtschaftliche Verwendung der Finanzmittel erzielten Einsparungen mit 60 % beteiligt; die Beteiligungsquote soll nunmehr von 60 % auf 30 % reduziert werden. 2. Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich der Schulen um linear 10 %. | | | | | |
| M102 | Betreuung Schulnetze (Berufskolleg) | 20.966 € | 33.685 € | 33.685 € | 33.685 € | 122.021 € |
| | Beschreibung: Der Sachaufwand für die IT-Dienstleistungen, die das 'Essener Systemhaus' für die Schulen erbringt, soll hinsichtlich der Höhe begrenzt werden. | | | | | |
| M103 | Reduzierung der Schulausstattung | 684.000 € | 676.200 € | 194.800 € | 194.800 € | 1.749.800 € |
| | Beschreibung: Kürzung der Schulausstattungsinvestitionen für Schulen aller Schulformen in gleicher Höhe. | | | | | |
| M104 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | 1.665 € | 1.665 € | 1.665 € | 1.665 € | 6.660 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|---|--|----------|-----------|-----------|-----------|
| 4000 Schulverwaltungsamt, Schulamt für die Stadt Essen | | | | | |
| 1.03.10.01 Zentrale Leistungen | | | | | |
| M105 | Wegfall des Zuschusses an die Universität Duisburg-Essen | | | | |
| | 0 € | 0 € | 182.096 € | 182.096 € | 364.192 € |
| | Beschreibung: Der Zuschuss dient der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund durch Studenten mit Migrationshintergrund. Dem Rat ist konzeptionell vorzulegen, wie ab dem Jahr 2012 das Angebot ohne städtische Gelder fortgeführt werden kann. Sollten die Gelder in 2011 nicht in Anspruch genommen werden, so sind sie einzusparen. | | | | |
| M106 | Reduzierung der Aufwendungen für externe Veranstaltungen | | | | |
| | 15.297 € | 6.713 € | 6.713 € | 6.713 € | 35.436 € |
| | Beschreibung: Geringere Anmietungen von externen Räumlichkeiten, kein Catering bei Veranstaltungen. | | | | |
| M107 | Reduzierung der Aufwendungen für Werbung | | | | |
| | 11.962 € | 2.974 € | 2.974 € | 2.974 € | 20.884 € |
| | Beschreibung: Dokumentationen, Flyer u.ä. werden reduziert | | | | |
| M108 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | | | | |
| | 15.095 € | 15.095 € | 15.095 € | 15.095 € | 60.380 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| M109 | Reduzierung der Aufwendungen für Porto | | | | |
| | 10.799 € | 10.799 € | 10.799 € | 10.799 € | 43.196 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Aufwendungen für Porto | | | | |
| M110 | Wegfall des Personalkostenzuschusses an die Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH | | | | |
| | 36.800 € | 36.800 € | 36.800 € | 36.800 € | 147.200 € |
| | Beschreibung: Bei der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH kümmert sich ein Mitarbeiter um die Einführung und Begleitung von Europaschulen, hierfür wurde ein (Personalkosten-)Zuschuss geleistet, dessen Gewährung zukünftig wegfällt. Dem Rat ist vorzulegen, wie die Aufgabe ohne städtische Mittel fortgeführt werden kann. | | | | |
| 1.03.10.04 Alfred-Krupp-Schulmedienzentrum | | | | | |
| M111 | Reduzierung Medienbeschaffung | | | | |
| | 11.084 € | 16.302 € | 16.302 € | 16.302 € | 59.990 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Aufwandes für die Schulmedien. | | | | |
| M112 | Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich | | | | |
| | 5.125 € | 5.125 € | 5.125 € | 5.125 € | 20.499 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|--|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 5000 Amt für Soziales und Wohnen | | | | | | |
| 1.05.01.01 Grundversorgung und Hilfe in besonderen Lebenslagen (örtlicher Träger) | | | | | | |
| M113 | Schließung der Kantine in der Steubenstr. 53 Beschreibung: Schließung der Kantine in der Steubenstr. 53 | 35.501 € | 42.500 € | 42.500 € | 42.500 € | 163.001 € |
| M114 | Einsparung bei den Transferaufwendungen der Hilfe zur Pflege Beschreibung: Einsparung bei den Transferaufwendungen der Hilfe zur Pflege durch Einrichtung von Pflegestützpunkten und verstärkter dezentraler Beratung sowie Umsteuerungsprozess im Sinne von "ambulant vor stationär". Weitere Einsparungsmöglichkeiten aufgrund von Prognoseänderungen. | 1.406.357 € | 1.810.772 € | 2.074.622 € | 2.435.422 € | 7.727.173 € |
| M115 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonst. ordentl. Aufwendungen Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | 154.583 € | 231.902 € | 244.015 € | 264.251 € | 894.751 € |
| M116 | Passgenaue Hilfen im Bereich der Eingliederungshilfe Beschreibung: Durch die Ermittlung passgenauer Hilfen im Rahmen von Hilfeplangesprächen können Kosten gesenkt werden. | 694.484 € | 1.035.665 € | 1.093.653 € | 1.182.599 € | 4.006.401 € |
| M117 | Reduzierung bei den Transferaufwendungen Beschreibung: Regelmäßige Überprüfung der Fälle und zeitnahe Zuordnung zum richtigen Rechtskreis zur Verkürzung der Verweilzeiten im Leistungsbezug nach dem 3. Kapitel SGB XII (Sozialhilfe). | 751.549 € | 1.127.787 € | 1.199.389 € | 1.311.953 € | 4.390.678 € |
| M118 | Einsparungen bei den Bestattungskosten Beschreibung: Einsparungen bei den Bestattungskosten durch Reduzierung von Standards und Verhandlungen mit Bestattungsunternehmen. | 226.162 € | 336.018 € | 353.213 € | 381.940 € | 1.297.333 € |
| M119 | Verschiebung der Zuständigkeit zum überörtlichen Sozialhilfeträger (Landschaftsverband Rheinland) Beschreibung: In Folge einer neuen Ausführungsverordnung zum SGB II sind Verhandlungen mit dem Landschaftsverband über den Übergang der Kostenträgerschaft vom örtlichen auf den überörtlichen Sozialhilfeträger zu führen. | 108.395 € | 161.046 € | 169.288 € | 183.056 € | 621.785 € |
| M120 | Reduzierung der Aufwendungen für Krankenhilfe Beschreibung: Reduzierung der Transferaufwendungen im Bereich der Krankenhilfe nach § 264 SGB V und der sonstigen Krankenhilfeleistungen durch: - Gesundheitsprävention für Senioren; hier: Initiative "Fit älter werden -sicher in Bewegung bleiben" - Verstärkte Überprüfung der Abrechnungen der Krankenkassen | 1.103.559 € | 1.639.603 € | 1.723.508 € | 1.863.679 € | 6.330.349 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|--|--|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 5000 Amt für Soziales und Wohnen | | | | | |
| 1.05.01.01 Grundversorgung und Hilfe in besonderen Lebenslagen (örtlicher Träger) | | | | | |
| M121 | Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft bei der Hilfe zum Lebensunterhalt | | | | |
| | 100.000 € | 100.000 € | 100.000 € | 100.000 € | 400.000 € |
| | Beschreibung: Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft durch Umzug von Hilfeempfängern in Wohnungen mit angemessener Miete bei der Hilfe zum Lebensunterhalt. | | | | |
| M122 | Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | | | | |
| | 1.300.000 € | 1.300.000 € | 1.300.000 € | 1.300.000 € | 5.200.000 € |
| | Beschreibung: Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft durch Umzug von Hilfeempfängern in Wohnungen mit angemessener Miete bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. | | | | |
| M123 | Verringerung der Betreuungsintensität bei der psychosozialen Betreuung von Substituierten | | | | |
| | 0 € | 152.000 € | 252.000 € | 252.000 € | 656.000 € |
| | Beschreibung: Verringerung der Betreuungsintensität bei der psychosozialen Betreuung von Substituierten durch Umsetzung eines einheitlichen Betreuungsschlüssels in den betroffenen Institutionen. | | | | |
| M124 | Kürzung Transferaufwendungen | | | | |
| | 260.653 € | 354.063 € | 300.803 € | 292.300 € | 1.207.819 € |
| | Beschreibung: Kürzungen bei den Zuschüssen an die Träger (insbesondere: Suchthilfe direkt Essen gGmbH) | | | | |
| 1.05.02.01 Grundsicherungsleistungen nach dem 2. Buch SGB | | | | | |
| M125 | Einsparungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (ohne Kosten der Unterkunft) | | | | |
| | 50.624 € | 75.272 € | 79.328 € | 86.000 € | 291.224 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| M126 | Einsparungen bei den Transferaufwendungen | | | | |
| | 140.241 € | 1.320.989 € | 1.388.733 € | 1.501.833 € | 4.351.796 € |
| | Beschreibung: Einsparungen bei den Transferaufwendungen durch Reduzierung von Zuschüssen sowie ab 2011 zu erwartende geringere Personalkostenerstattung an das Job-Center. | | | | |
| 1.05.03.01 Leistungen für Asylbewerber | | | | | |
| M127 | Einsparungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen | | | | |
| | 19.730 € | 29.289 € | 30.788 € | 33.292 € | 113.099 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| M128 | Einsparungen bei den Transferaufwendungen für Leistungen für Asylbewerber | | | | |
| | 1.372.932 € | 2.065.958 € | 2.220.521 € | 2.435.044 € | 8.094.455 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Zahl der Hilfeempfänger (Beträge werden nur an Empfänger im laufenden Hilfebezug und innerhalb von Deutschland gezahlt). Reduzierung der Kosten durch konsequente Umsetzung bestehender gesetzlicher Regelungen. | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|---|--|-----------|-----------|-----------|-------------|
| 5000 Amt für Soziales und Wohnen | | | | | |
| 1.05.03.01 Leistungen für Asylbewerber | | | | | |
| M129 | Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft bei Leistungen für Asylbewerber | | | | |
| | 100.000 € | 100.000 € | 100.000 € | 100.000 € | 400.000 € |
| | Beschreibung: Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft durch Umzug von Hilfeempfängern in Wohnungen mit angemessener Miete. | | | | |
| 1.05.04.01 Soziale Einrichtungen | | | | | |
| M130 | Reduzierung der Instandhaltungskosten bei den Unterkünften | | | | |
| | 99.687 € | 148.116 € | 155.696 € | 168.359 € | 571.858 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Instandhaltungskosten bzw. Unterhaltungskosten bei den Unterkünften. | | | | |
| 1.05.05.01 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz | | | | | |
| M131 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | | | | |
| | 2.694 € | 4.003 € | 4.208 € | 4.550 € | 15.455 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| 1.05.09.01 Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht SGB IX | | | | | |
| M132 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | | | | |
| | 386.151 € | 587.293 € | 617.347 € | 667.555 € | 2.258.346 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| 1.06.07.01 Bundeselterngeld- und -zeitgesetz | | | | | |
| M133 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | | | | |
| | 23.477 € | 34.877 € | 36.662 € | 39.643 € | 134.659 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| 1.10.02.03 Wohngeld | | | | | |
| M134 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | | | | |
| | 33.916 € | 50.350 € | 52.927 € | 57.231 € | 194.424 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|---|--|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 5100 Jugendamt | | | | | |
| 1.03.09.01 BaFöG | | | | | |
| M174 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | | | | |
| | 1.541 € | 1.550 € | 1.532 € | 1.538 € | 6.161 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| 1.05.07.01 Unterhaltsvorschuss | | | | | |
| M173 | Erhöhung der Rückgriffsquote | | | | |
| | 160.000 € | 434.000 € | 420.000 € | 403.000 € | 1.417.000 € |
| | Beschreibung: Die im Rahmen des Unterhaltsvorschusses zurück zu holenden Unterhaltsbeiträge sind von heute um 22,48 % strittweise anzuheben. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Jugendhilfeausschuss ein geeignetes Konzept vorzulegen. | | | | |
| M175 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | | | | |
| | 4.185 € | 4.208 € | 4.160 € | 4.160 € | 16.713 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| 1.06.01.01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege | | | | | |
| M136 | Kinderbetreuung Szenario I | | | | |
| | 730.000 € | 1.700.000 € | 1.700.000 € | 1.700.000 € | 5.830.000 € |
| | Beschreibung: Mit der Maßnahme wird die Kinderbetreuung entsprechend den bisherigen Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses sicher gestellt, der gemeldete Bedarf der Betreuungszeitbudgets (25, 35, 45 Stunden) reduziert, d. h. das Angebot einer Betreuung in den verschiedenen Zeitmodellen wird verändert. Dadurch verringern sich neben den reduzierten Zuschüssen für die Einrichtungen in freier Trägerschaft auch die für die städtischen Kindertageseinrichtungen (Verringerung der gesetzlich verpflichteten Zuschüsse des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe (Stadt Essen)). | | | | |
| M137 | Reduzierung der freiwilligen Trägeranteile | | | | |
| | 59.000 € | 365.875 € | 369.500 € | 498.135 € | 1.292.510 € |
| | Beschreibung: Im Kindergartenjahr 2009 / 2010 werden etwa 2,5 Mio € durch die Stadt aufgebracht, um die Träger von Kindertageseinrichtungen finanziell zu entlasten. Durch die Übernahme von Trägeranteilen an den anerkannten Betriebskosten werden die betroffenen Träger in die Lage versetzt, ein bedarfsgerechtes Platzangebot vorzuhalten. Mit der Maßnahme soll die Höhe der Übernahme von Trägeranteilen bis 2013 sukzessive um 1/3 abgeschmolzen werden. | | | | |
| M176 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | | | | |
| | 33.462 € | 33.592 € | 33.209 € | 33.350 € | 133.613 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| 1.06.02.01 Jugendarbeit | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|---|-------------|-------------|-------------|-------------|--------------|
| 5100 Jugendamt | | | | | | |
| 1.06.02.01 Jugendarbeit | | | | | | |
| M177 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | 17.447 € | 17.581 € | 17.381 € | 17.456 € | 69.865 € |
| 1.06.03.01 Soziale Leistungen zur Förderung junger Menschen / Familien | | | | | | |
| M138 | Reduzierung der Aufwendungen für Erzieherische Hilfen Beschreibung: Mit der Maßnahme werden die Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung verändert. Zum einen soll die in 2005 begonnene Umsteuerung von der Heimerziehung (stationäre Hilfe) hin zur Gewährung ambulanter Hilfen (ambulante, teilstationäre Hilfen und Vollzeitpflege) weiter ausgebaut werden. Im Rahmen dieser Arbeit im ambulanten Bereich sollen Entgeltreduzierungen bei Fachleistungsstunden erreicht werden, u.a. durch Veränderungen der Betreuungszeiten pro Fall, also die fallspezifische Arbeit, aber auch die fallunabhängigen Zeiten reduziert werden. Im stationären Bereich sollen die Fallkostenreduzierungen durch eine Erhöhung des Auslastungsgrades der Heime erreicht werden. Die benannten Reduzierungen enthalten Anpassungen der Planung an die aktuelle Entwicklung der Fallzahlen der erzieherischen Hilfen in Höhe von 1,2 Mio. €. | 3.286.119 € | 4.000.000 € | 4.000.000 € | 4.000.000 € | 15.286.119 € |
| M178 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | 63.352 € | 61.849 € | 65.364 € | 63.873 € | 254.438 € |
| 1.06.03.02 Pfleg-, Vormund- und Beistandschaften | | | | | | |
| M179 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | 10.728 € | 10.786 € | 10.988 € | 11.036 € | 43.538 € |
| 1.06.04.01 Tageseinrichtungen für Kinder | | | | | | |
| M180 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | 228.279 € | 229.248 € | 226.646 € | 227.688 € | 911.861 € |
| 1.06.05.02 Einrichtungen der Jugendarbeit | | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|---|------|------|------|------|--------|
|---|------|------|------|------|--------|

5100 Jugendamt

1.06.05.02 Einrichtungen der Jugendarbeit

| | | | | | | |
|------|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|
| M139 | Reduzierung des Aufwandes für die offene Kinder- und Jugendarbeit | 196.157 € | 400.946 € | 399.595 € | 400.145 € | 1.396.843 € |
|------|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|

Beschreibung:

Nach § 15 Abs. 3 des 3. AG KJHG NRW müssen die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe dafür Sorge tragen, dass die erforderlichen Haushaltsmittel für Maßnahmen der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes bereitgestellt werden. Sie müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den für die Jugendhilfe insgesamt bereitgestellten Mitteln stehen. Der hierfür maßgebliche, sogenannte Jugendaufwandswert in Essen betrug in der vergangenen Wahlperiode 104 € pro Einwohner vom 6. bis einschließlich zum 26. Lebensjahr. Durch verschiedene Kostensteigerungen (unter anderem Personalkosten) sind die erforderlichen Mittel für die Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz angestiegen. Danach errechnet sich trotz der Herausnahme der Erwachsenenarbeit in Bürgerhäusern aktuell ein Jugendaufwandswert von 117 €. Die Maßnahme soll diesen Wert auf 110 € senken; die Umsetzung soll ab August 2010 erfolgen. Betroffen ist auch die Produktgruppe 1.06.02.01 (Jugendarbeit) mit den Produkten Jugendarbeit des städtischen Trägers und Förderung der Jugendarbeit der freien Träger. Die Senkung des Jugendaufwandswertes soll durch Einsparungen sowohl beim Städtischen Träger als auch bei den freien Trägern erreicht werden.

| | | | | | | |
|------|--|----------|----------|----------|----------|-----------|
| M181 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | 29.828 € | 29.927 € | 29.586 € | 29.721 € | 119.062 € |
|------|--|----------|----------|----------|----------|-----------|

Beschreibung:

Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt.

1.06.06.02 Erziehungsberatung

| | | | | | | |
|------|--|----------|----------|----------|----------|----------|
| M182 | Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen | 11.177 € | 11.259 € | 11.131 € | 11.178 € | 44.745 € |
|------|--|----------|----------|----------|----------|----------|

Beschreibung:

Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt.

5300 Gesundheitsamt

1.07.03.01 Maßnahmen der Gesundheitspflege

| | | | | | | |
|------|--|---------|---------|---------|---------|----------|
| M140 | Reduzierung der vertraglich vereinbarten Zuschüsse an Vereine und Verbände für Gesundheitsförderung und -planung | 5.600 € | 8.305 € | 8.730 € | 9.440 € | 32.075 € |
|------|--|---------|---------|---------|---------|----------|

Beschreibung:

Regelmäßige Überprüfung möglicher Einsparpotenziale.

| | | | | | | |
|------|--|----------|----------|----------|----------|-----------|
| M141 | Reduzierung der vertraglich vereinbarten Zuschüsse an Vereine und Verbände für sozialpsychiatrische Hilfen | 28.718 € | 29.242 € | 30.738 € | 33.238 € | 121.936 € |
|------|--|----------|----------|----------|----------|-----------|

Beschreibung:

Regelmäßige Überprüfung möglicher Einsparpotenziale.

| | | | | | | |
|------|--|----------|----------|----------|----------|-----------|
| M142 | Reduzierung der vertraglich vereinbarten Zuschüsse an Vereine und Verbände für Hilfen bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Prostitution | 22.652 € | 33.594 € | 35.313 € | 38.185 € | 129.744 € |
|------|--|----------|----------|----------|----------|-----------|

Beschreibung:

Regelmäßige Überprüfung möglicher Einsparpotenziale.

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 5 Geschäftsbereich Jugend, Bildung und Soziales | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|--|--|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 5300 Gesundheitsamt | | | | | | |
| 1.07.03.01 Maßnahmen der Gesundheitspflege | | | | | | |
| M143 | Reduzierung des Aufwandes für Porto und Telefon gesamter Fachbereich | 24.641 € | 20.000 € | 20.000 € | 20.000 € | 84.641 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| M144 | Reduzierung des Aufwandes für Büromaterial | 1.200 € | 1.200 € | 1.200 € | 1.200 € | 4.800 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Aufwandes für Büromaterial durch Wegfall bzw. Einschränkung von Leistungen. | | | | | |
| 9603 Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH | | | | | | |
| 1.05.04.02 Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH | | | | | | |
| M145 | Reduzierung des Verlustausgleichs | 15.000 € | 15.000 € | 15.000 € | 15.000 € | 60.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | | |
| Konsolidierungsbeitrag des Geschäftsbereiches 5 (gesamt): | | 15.927.615 € | 22.960.952 € | 23.388.409 € | 24.672.066 € | 86.949.041 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 6A Geschäftsbereich Umwelt und Bauen | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|--|--|-------------|-----------|-----------|-----------|-------------|
| 5900 Umweltamt | | | | | | |
| 1.14.01.01 Umweltschutzmaßnahmen | | | | | | |
| M146 | Reduzierung des Budgets zur Sanierungen von Altlasten | 70.000 € | 70.000 € | 70.000 € | 70.000 € | 280.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des Budgets für die Sanierung von Altlasten. Nach derzeitigem Kenntnis- und Untersuchungsstand und Berücksichtigung der Sach- und Rechtslage ist ein Teilverzicht auf Budgetmittel möglich. | | | | | |
| M147 | Reduzierung des für städtische Fachbereiche vorgehaltenen Budgets zur Sanierungen von Altlasten | 80.000 € | 80.000 € | 80.000 € | 80.000 € | 320.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung des für städt. Fachbereiche und Eigenbetriebe vorgehaltenen Budgets für die Sanierung von Altlasten (Außenflächen an Schulen und Kindertagesstätten und Spielplätzen). Nach derzeitigem Kenntnis- und Untersuchungsstand und Berücksichtigung der Sach- und Rechtslage ist ein Verzicht auf Budgetmittel möglich. | | | | | |
| M148 | Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg. | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| | Beschreibung: Es erfolgt eine tieferegehende Analyse und ein Vergleich der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg. | | | | | |
| 5960 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt | | | | | | |
| 1.02.02.03 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt | | | | | | |
| M149 | Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg. | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| | Beschreibung: Es erfolgt eine tieferegehende Analyse und ein Vergleich der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg. | | | | | |
| 6000 Immobilienwirtschaft Stadt Essen | | | | | | |
| 1.01.13.01 Immobilienwirtschaft | | | | | | |
| M150 | Abmietung Halle 12 Zeche Zollverein | 180.834 € | 217.000 € | 217.000 € | 217.000 € | 831.834 € |
| | Beschreibung: Mit der Stiftung Zollverein als Eigentümerin der Halle 12 ist zu verhandeln, ob die Stadt Essen aus dem Mietvertrag mit der Landesentwicklungsgesellschaft entlassen werden kann. Die Miete beträgt rd. 257.000,- €, abzüglich der Einnahmen von rd. 40.000,- €. Die Stadt Essen hat aufgrund des Mietvertrages Optionen für die Verlängerung des Mietvertrages um jeweils 5 Jahre. Die derzeitige Option läuft bis zum 31.12.2014. Die Stiftung ist an der Halle 12 interessiert. | | | | | |
| M151 | Verzicht auf Baumaßnahmen | 4.000.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 4.000.000 € |
| | Beschreibung: 1. Verzicht auf einen Abbruch des Berufskollegs Holsterhausen. Das Berufskolleg wurde ins Bildungszentrum verlegt. Die beabsichtigte Vermarktung wird im Rahmen der Projektentwicklung/Bebauungsplanung zu entscheiden sein. Daher Einmaleffekt in 2010. 2. Verzicht auf den Abbruch des Jugendzentrums Papestraße. Nach Freizug des Gebäudes ist die Vermarktung des Objektes beabsichtigt, sofern keine andere städt. Nutzung erforderlich wird. Daher Einmaleffekt in 2010. | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 6A Geschäftsbereich Umwelt und Bauen | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|--|---|-------------|-------------|-------------|--------------|
| 6000 Immobilienwirtschaft Stadt Essen | | | | | |
| 1.01.13.01 Immobilienwirtschaft | | | | | |
| M152 | Aufwandsreduzierung im Betrieb gewerblicher Art "Parkbauten" | | | | |
| | 1.300.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 1.300.000 € |
| | Beschreibung: Aus dem Verkauf des Parkhauses West, City-Center, entsteht für die Stadt eine Körperschaftsteuerpflicht, die aus einer dafür gebildeten Rückstellung aus 2009 gezahlt wird. Damit entfällt die entsprechende Belastung des Budgets 2010. Einmaleffekt in 2010. | | | | |
| M153 | Verschiebung von energetischen Sanierungsmaßnahmen in den Investivhaushalt 2013 | | | | |
| | 5.000.000 € | 5.000.000 € | 0 € | 0 € | 10.000.000 € |
| | Beschreibung: Verschiebung der energetischen Optimierung Gesamtschule Bockmühle (2 x 2,5 Mio. €) und Gymnasium Nord-Ost (2 x 2,5 Mio. €). Die Maßnahmen werden als Investitionsvorhaben in die Dringlichkeitsliste B 2010 zur Ausführung ab 2013 ff. aufgenommen. | | | | |
| M154 | Reduzierung des Bauunterhaltungsprogramms | | | | |
| | 405.854 € | 5.382.203 € | 5.046.595 € | 6.345.244 € | 17.179.896 € |
| | Beschreibung: Zeitliche Verschiebungen von bisher geplanten Bauunterhaltungsmaßnahmen (5-Jahresbauunterhaltungsprogramm) in spätere Haushaltsjahre. | | | | |
| M155 | Abmietung von Büroflächen aufgrund von Personalarückgang | | | | |
| | 0 € | 100.000 € | 200.000 € | 1.000.000 € | 1.300.000 € |
| | Beschreibung: Im Hinblick der Personalreduzierungen bis zum Jahre 2024 sind bei zumindest teilweiser Nichtwiederbesetzung der Planstellen entsprechende Flächenüberhänge zu erwarten, die durch Abmietungen reduziert werden könnten. | | | | |
| M166 | Bewirtschaftung städt. Grundstücke als Parkraum | | | | |
| | 250.000 € | 500.000 € | 500.000 € | 500.000 € | 1.750.000 € |
| | Beschreibung: Als Parkraum genutzte städtische Grundstücke sind in das Parkraumbewirtschaftungskonzept einzubeziehen. Die Überlassung eines (Dauer)-Parkplatzes kann auch mit der Abnahme eines Firmen-Tickets verknüpft werden. | | | | |
| M171 | Einnahmeverbesserung durch Grundstückserlöse | | | | |
| | 500.000 € | 2.000.000 € | 2.000.000 € | 2.000.000 € | 6.500.000 € |
| | Beschreibung: Die Vermarktung der nicht mehr genutzten städt. Immobilien ist zu verbessern. | | | | |
| 6600 Straßenbau und Verkehrstechnik | | | | | |
| 1.12.07.02 U-/Stadtbahn | | | | | |
| M169 | RWE-Aktienleihe | | | | |
| | 250.000 € | 500.000 € | 500.000 € | 500.000 € | 1.750.000 € |
| | Beschreibung: Die RWE-Aktien sind für eine begrenzte Zeit gebührenpflichtig einem Entleiher zur Nutzung zu überlassen. | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 6A Geschäftsbereich Umwelt und Bauen | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|---|--|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 9701 Grün und Gruga Essen | | | | | |
| 1.13.01.01 Grün und Gruga Essen (GGE) | | | | | |
| M156 | Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | |
| | 0 € | 787.000 € | 1.492.000 € | 2.117.000 € | 4.396.000 € |
| | Beschreibung: Der Konsolidierungsbeitrag soll durch Priorisierung der Grünflächen, Grünflächensponsoring und Reduzierung der Friedhofsflächen (wobei Erlöse unter Umständen auch durch Grundstücksverkäufe in GGE verbleiben sollen) erbracht werden. | | | | |
| Konsolidierungsbeitrag des Geschäftsbereiches 6A (gesamt): | | | | | |
| | 12.036.688 € | 14.636.203 € | 10.105.595 € | 12.829.244 € | 49.607.730 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 6B Geschäftsbereich Planen | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt | |
|---|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|
| 0098 Verwaltungsführung GB 6B | | | | | | |
| 1.01.02.07 Verwaltungsführung GB 6B | | | | | | |
| M157 | Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 1.339 € | 1.277 € | 2.000 € | 2.500 € | 7.116 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| 6100 Amt für Stadtplanung und Bauordnung | | | | | | |
| 1.09.01.01 Stadtplanung | | | | | | |
| M158 | Reduzierung der Anzahl der Gutachten | 80.000 € | 80.000 € | 80.000 € | 80.000 € | 320.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich durch Bedarfsanpassung für die Vergabe von Gutachten im Rahmen der Bauleitplanung | | | | | |
| M159 | Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 33.000 € | 47.000 € | 68.000 € | 88.000 € | 236.000 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| 1.10.01.01 Bauordnung | | | | | | |
| M160 | Reduzierung des Aufwandes für Rechtsberatung und Rechtsschutz | 40.000 € | 40.000 € | 40.000 € | 40.000 € | 160.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Aufwendungen für Rechtsberatung und Rechtsschutz durch intensivere Beratung und Information der Antragsteller im Vorfeld des Baugenehmigungsverfahrens | | | | | |
| 6180 Institut für Denkmalschutz und Denkmalpflege | | | | | | |
| 1.10.03.01 Denkmalschutz und -pflege | | | | | | |
| M161 | Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 8.000 € | 10.500 € | 16.000 € | 22.683 € | 57.183 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |
| 6200 Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster | | | | | | |
| 1.09.01.02 Geobasisdaten und Geoinformation | | | | | | |
| M162 | Ausbau der konzerninternen Leistungsbeziehungen | 250.000 € | 250.000 € | 250.000 € | 250.000 € | 1.000.000 € |
| | Beschreibung: Ertragssteigerung durch Ausbau der konzerninternen Leistungsbeziehungen | | | | | |
| M163 | Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 22.000 € | 30.000 € | 43.925 € | 58.500 € | 154.425 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | | |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| 6B Geschäftsbereich Planen | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|---|--|------------------|------------------|------------------|--------------------|
| 6800 Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement | | | | | |
| 1.09.01.03 Stadterneuerung, Bodenordnung, Grundstücksverkehr, Gutachterausschuss | | | | | |
| M164 | Anpassung der Aufwendungen für Werbung / Öffentlichkeitsarbeit | | | | |
| | 25.000 € | 25.000 € | 25.000 € | 25.000 € | 100.000 € |
| | Beschreibung: Reduzierung der Aufwendungen im Sachkostenbereich durch Standardreduzierung, Eigenleistung und Bedarfsanpassung | | | | |
| M165 | Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | | |
| | 10.000 € | 13.500 € | 20.300 € | 26.500 € | 70.300 € |
| | Beschreibung: Die Sachaufwendungen werden auf das Notwendigste begrenzt. | | | | |
| 9801 Flughafen Essen / Mülheim GmbH (FEM) | | | | | |
| 1.12.08.01 Flughafen Essen/Mülheim GmbH | | | | | |
| M170 | Reduzierung des Verlustausgleichs | | | | |
| | 50.000 € | 100.000 € | 100.000 € | 100.000 € | 350.000 € |
| | Beschreibung: Dem Rat ist ein Konzept vorzulegen, wie der Fehlbetrag verringert werden kann. | | | | |
| Konsolidierungsbeitrag des Geschäftsbereiches 6B (gesamt): | | | | | |
| | 519.339 € | 597.277 € | 645.225 € | 693.183 € | 2.455.024 € |

Konsolidierungsprogramm 2010/2011 ff.

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | Gesamt |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Konsolidierungsbeitrag aller Geschäftsbereiche (incl. Beteiligungsunternehmen): | 75.895.656 € | 92.805.681 € | 102.123.655 € | 112.276.447 € | 383.101.438 € |
| Haushaltsverbesserungen im Personalbereich: | 21.076.000 € | 29.641.200 € | 38.287.300 € | 49.340.500 € | 138.345.000 € |
| Sonstige Veränderungen: | 19.459.865 € | -2.258.652 € | 14.981.304 € | 35.342.908 € | 67.525.425 € |
| Gesamtverbesserungen: | 116.431.521 € | 120.188.229 € | 155.392.259 € | 196.959.855 € | 588.971.863 € |